

# Ingeborg Tömmel

## Ökonomische Integration und Regionalpolitik in der EG

### 1. Einleitung

Folgt man dem Bild, das die Massenmedien von der EG zeichnen, dann ergibt sich der Eindruck einer krisengeschüttelten Institution: ständige Auseinandersetzungen um Beitragszahlungen der Mitgliedsländer, unlösbare Probleme mit Butterbergen, Weinsen und Überschüssen an »mediterranen« Produkten, keine Einigung bei der Festlegung von Stahlproduktionsquoten oder Fischereirechten, und noch weniger in Grundsatzfragen, wie beispielsweise der Erarbeitung eines neuen Finanzierungssystems, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder gar der Neugestaltung der Agrarpolitik. Kein Wunder, daß die EG in der öffentlichen Meinung als eher disfunktionale, handlungsunfähige und geldverschlingende Institution erscheint, auf die man besser verzichten könne.

Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß von seiten der Mitgliedstaaten ungeachtet all dieser Probleme zielstrebig der Weg einer weiteren Integration verfolgt wird, auch wenn dies mit gänzlich anderen als den in den 50er und 60er Jahren unter dem Fernziel der »Vereinigten Staaten von Europa« anvisierten Mitteln geschieht. So wurden zwar die ehrgeizigen Konzeptionen einer weitgehenden Wirtschafts- und Währungsunion stillschweigend fallengelassen; dem steht aber mit der sukzessiven Aufnahme neuer Mitgliedsländer eine enorme Ausweitung des politischen und ökonomischen Einflußbereiches der EG gegenüber. Zudem wurden der Politikformulierungsprozeß weiter differenziert (durch die Installation eines direkt gewählten europäischen Parlaments), die Kompetenzen der EG erweitert (u.a. durch die Einschränkung des Vetorechts der Mitgliedsstaaten), sowie neue Politikbereiche auf EG-Niveau erschlossen.

Als ein solcher neuer Politikbereich ist die Regionalpolitik der EG anzusehen, wie sie 1975 mit der Errichtung eines sog. Regionalfonds erstmalig installiert und seitdem kontinuierlich ausgeweitet und differenziert wurde. Allerdings erscheint dieser Schritt erstaunlich, da der Regionalpolitik auf nationalem Niveau angesichts rapide sinkender mobiler Investitionen eine wirtschaftspolitische Wirkung abgesprochen wird und ihre sozialstaatliche Intention — die Erhöhung der Chancengleichheit der Bürger in peripheren Gebieten — angesichts enorm hoher Arbeitslosenquoten auch und gerade in städtischen Verdichtungsgebieten als politisch überholt gilt.

Dennoch könnte man annehmen, daß für eine Regionalpolitik auf EG-Niveau in stärkerem Maße ein Handlungsbedarf gegeben ist als auf internationalem Niveau. Insbesondere die Verschärfung regionaler Probleme in den »ärmeren« Mitgliedsländern als Folge der Wirtschaftskrise sowie die weitergehende Internationalisierung der betrieblichen Standortwahl bei gleichzeitig lokalen bzw. nationalen Politiken zu ihrer Beeinflussung legt es nahe, auch die Politik zur Lösung solcher Probleme auf das internationale Niveau zu verlagern. Der aktuelle Ausbau der Regionalpolitik auf EG-Niveau bei gleichzeitiger Einschränkung entsprechender Politiken in den Mitgliedsstaaten wäre dann als Prozeß einer Kompetenzverlagerung auf

eine räumlich und hierarchisch höhere Ebene der Staatsintervention zu interpretieren, wobei der Inhalt der Politik im Prinzip der gleiche bliebe, ihre Wirksamkeit jedoch erhöht werden könnte.

Gegenüber dieser so plausibel erscheinenden Interpretation ist aber auch eine andere Hypothese denkbar, nämlich daß die Regionalpolitik auf EG-Niveau in ihrem Inhalt *und* in ihrer Wirkungsweise nicht identisch ist mit einer solchen auf nationalem Niveau; dementsprechend ginge es auch nicht um eine einfache Kompetenzverlagerung, sondern um die Ausbildung eines qualitativ neuen Politikbereiches, der als Antwort auf neue Problemsituationen zu werten ist. Damit wäre die EG auch nicht mehr primär als räumlich größere und damit hierarchisch höhere Kompetenzebene zu sehen, wie dies als *common sense* stillschweigend angenommen und von den nationalen Regierungen auch gerne so dargestellt wird, sondern als eine *zusätzliche* Ebene der Ausführung von Staatsinterventionen, die aufgrund des internationalen Eingriffsniveaus und der spezifisch ausgeprägten Kompetenzstruktur andere Inhalte von Politik und andere Formen der Interessenvermittlung möglich macht. Die Politik der EG wäre somit als komplementärer *Bestandteil* der Politik auf nationalem Niveau aufzufassen.

Vor dem Hintergrund dieser zweiten Hypothese soll im folgenden die Regionalpolitik der EG in ihrer Funktion und Wirkungsweise analysiert werden. Dabei ist zu klären, welche qualitativ neuen Probleme mit dieser Politik beantwortet werden, warum diesen Problemen durch Staatseingriffe auf internationalem Niveau begegnet wird bzw. werden muß, und worin die qualitative Differenz zwischen einer Regionalpolitik auf EG-Niveau und entsprechenden Politiken der Mitgliedsstaaten liegt. Damit wird zugleich geklärt, welche Interessen mit einer solchen Politik vertreten werden (und welche nicht), und in welcher Weise die widersprüchlichen Interessen, die die einzelnen Nationalstaaten repräsentieren, vermittelt werden.

Konkret werden im folgenden zunächst die Haupttendenzen der regionalen Entwicklung in Europa analysiert im Hinblick auf die Frage, in welchem Sinne tatsächlich ein »regionales Problem« in der EG besteht. Aus der Diskrepanz zwischen realer Problemsituation in den Mitgliedsländern und politischer Problemformulierung durch die EG wird abgeleitet, daß die Funktion der EG-Regionalpolitik nicht im Bereich der Lösung bzw. Vermittlung regional ungleicher Entwicklung liegt.

In einem zweiten Schritt werden dann anhand der Analyse des eingesetzten Instrumentariums sowie der Wirkungsweise der EG-Regionalpolitik — am Beispiel Italiens — die tatsächlichen Funktionen und Effekte dieser Politik herausgearbeitet:

- ihre *ökonomische* Funktion des Eingriffs in die internationalen Konkurrenzbeziehungen der Kapitale zugunsten von auf internationalem Niveau schwächeren, jedoch im nationalen Rahmen dominanten Kapitalen;
- ihre *politische* Funktion als Instrument der Absicherung der EG-Erweiterung und damit auch neuer Formen der Integration, durch Vermittlung der widersprüchlichen Interessen der in den jeweiligen Ländern dominanten Kapitale, repräsentiert durch die beteiligten Nationalstaaten; und schließlich
- ihre *ökonomischen und regionalen* Effekte der Ausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung auf EG-Niveau unter Inkaufnahme einer Verschärfung der regionalen Disparitäten *innerhalb* der jeweiligen Mitgliedsländer.

## 2. Das »regionale Problem« in der EG

### 2.1. Drei Positionen zur Regionalentwicklung in Europa

Können wir davon ausgehen, daß unter Fachwissenschaftlern und EG-Experten und selbst in Kreisen der interessierten Öffentlichkeit Einigkeit darüber besteht, daß es ein »regionales Problem« auf EG-Niveau gibt, so ist zunächst zu fragen, worin dieses Problem besteht und in welcher Hinsicht es als EG-spezifisches zu interpretieren ist.

In *regionalwissenschaftlichen Fachpublikationen*<sup>1</sup> wird als wichtigste Tendenz der europäischen Regionalentwicklung die Herausbildung eines zentralen, hochentwickelten Gebietes gesehen — als Agglomerationsbestand, als entwickelte Achse oder, wie es in einer DDR-Publikation heißt, als »Integrationskerngebiet« bezeichnet —, das von den englischen Midlands und London über die Randstad Holland und die sog. Rheinschiene bis zum Industriedreieck Norditaliens reicht und Verzweigungen nach Belgien und Frankreich aufweist. Diesem Kerngebiet steht eine ausgedehnte Peripherie, auch »Integrationsrandgebiet« genannt, gegenüber, die nicht nur im funktionalen, sondern auch im räumlichen Sinne die Randbereiche Westeuropas umfaßt: den italienischen Süden, Westfrankreich, das »Zonenrandgebiet« der BRD, Nordengland/Schottland sowie große Teile Irlands und Dänemarks. Es wird also hier von einem Zentrum-Peripherie-Modell auf internationalem Maßstab ausgegangen, dem allerdings, anders als in der Entwicklungsländerforschung, nicht ganze — entwickelte oder unterentwickelte — Länder zugeordnet werden, sondern bei dem alle beteiligten Länder unabhängig vom Verlauf der nationalstaatlichen Grenzen sowohl Anteil am Zentrum als auch an der Peripherie haben, wenngleich im einzelnen in sehr unterschiedlichem Maße.

Als Erklärung für diese Entwicklungstendenzen wird die als Folge der Bildung des gemeinsamen Marktes erhöhte Mobilität der Produktionsfaktoren (Kapital und Arbeit) angeführt, die in Verbindung mit der erhöhten Standortgunst des Zentrumsgebietes gegenüber den Peripherien innerhalb des vergrößerten Wirtschaftsraumes zu kumulativen Konzentrations- und Entleerungseffekten führt. Es werden also für das Gesamtgebiet der EG Prozesse angenommen, wie sie sich im allgemeinen auf nationalstaatlichem Niveau abspielen. Dem entspricht die Betonung der tendenziellen Herausbildung *eines* Zentrums gegenüber einer ausgedehnten Peripherie, also einer räumlich-funktionalen Konstellation, wie sie eher für Nationalstaaten gilt<sup>2</sup>. Und entsprechend der in solchen Untersuchungen implizit enthaltenen Vorstellung, daß die EG letztendlich eine Maßstabsvergrößerung des nationalen Staates sei, (wobei nach und nach die Staatsfunktionen von den Einzelländern auf die EG übertragen würden), werden auch die regionalen Disparitäten auf EG-Niveau als allmähliche Maßstabsvergrößerung der im nationalen Rahmen sich stellenden Disparitäten bei gleichzeitiger Vertiefung des Gegensatzes zwischen den hochentwickelten und den geringstentwickelten Gebieten gesehen. Die logische Schlußfolgerung aus solchen Analysen ist dann: Die regionalen Probleme auf EG-Niveau sind größer bzw. tiefgreifender als innerhalb der Einzelstaaten, deshalb muß ihnen auch mit schlagkräftigeren Mitteln und Maßnahmen, als dies bisher in den Einzelstaaten der Fall war, begegnet werden, d.h., einer Regionalpolitik auf internationalem Niveau. Betrachten wir demgegenüber die Analysen, die die EG-Bürokratie zur Vorbereitung und Fundierung ihrer Politik erstellt, so stehen ganz andere Aspekte des »regionalen Problems« im Vordergrund (vgl. Kommission, 1971, 1973, Commission 181). Soweit strukturelle Disparitäten zwischen Zentrum- und peripheren Gebieten ermittelt werden, geschieht dies vor allem für die beteiligten Mitgliedsstaaten gesondert. Dabei werden zwei Kategorien von Pro-

blemgebieten herausgearbeitet, nämlich zum einen überwiegend agrarisch strukturierte Gebiete, zum anderen industrielle Umstrukturierungsgebiete, meist basierend auf einer Monostruktur, wie z.B. der Kohleförderung und/oder Stahlproduktion oder aber der Textilindustrie. Beide Gebietskategorien werden in dem Maße als Problemgebiete gewertet, wie ihre Arbeitslosenquote hoch liegt. D.h. die Einordnung als Problemgebiet steht indirekt in Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation eines Landes.

Soweit jedoch die Regionalstruktur des EG-Gebietes als Ganzes analysiert wird, geschieht dies anhand einer Reihe von quantitativen Indikatoren. Als aussagekräftigste und damit auch als politikrelevante werden dabei das Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf der Bevölkerung) sowie die Arbeitslosenquote herangezogen. Beide Indikatoren bilden auf nationalem Niveau tatsächlich annähernd die Agglomerations- und Entleerungsgebiete ab<sup>3</sup>, auf internationalem Niveau dagegen spiegeln sie in erster Linie die Differenzen zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Ländern wider und erst in zweiter Linie die Strukturunterschiede zwischen verschiedenen entwickelten Regionen<sup>4</sup>. Indem allerdings die genannten Indikatoren zumeist als Abweichungen vom EG-Durchschnitt berechnet werden, tritt die zweitgenannte Differenzierung noch mehr in den Hintergrund: Die traditionellen, überwiegend agrarisch strukturierten Notstandsgebiete der BRD, wie beispielsweise der Bayerische Wald oder Ostfriesland, erscheinen dann »entwickelter« als die hochdifferenzierten Agglomerationen Englands (London) oder Italiens (Mailand und Turin)<sup>5</sup>; für das Gesamtgebiet der EG entsteht das Bild eines vom Zentrum zur Peripherie abfallenden Entwicklungskontinuums. Insgesamt ergibt sich somit aufgrund der EG-Analyse nicht eine Erfassung der regionalen Disparitäten im Sinne von strukturellen Differenzen zwischen industrialisierten, verstädterten Gebieten und agrarisch strukturierten, ländlichen Gebieten, sondern ein Bild von »reichen« und »armen« Ländern sowie von »reichen« und »armen« Regionen, wobei die »Ärmsten der Armen«, die peripheren, gering entwickelten Regionen der »armen« Länder, als »besonders benachteiligte« Gebiete kenntlich werden.

Mögliche Ursachen für *diese* Art von Disparitäten werden in den EG-Untersuchungen nicht klar genannt. Man beschränkt sich auf die Feststellung, daß die EG das Wirtschaftswachstum enorm beschleunigt habe, die Disparitäten jedoch nicht verringert seien. Implizit werden die Disparitäten jedoch eher auf die strukturellen Probleme der nationalen Wirtschaften, und damit die Disparitäten *zwischen* den Ländern, als auf Prozesse, die die Gesamt-EG betreffen, zurückgeführt. Lediglich die Probleme sog. »alter« Industriegebiete werden als Folge der notwendigen ökonomischen Modernisierungen auf EG-Niveau dargestellt. Die konsequente Schlussfolgerung aus solchen Analysen ist dann: Fördermaßnahmen der EG sollten vor allem auf die gering entwickelten Regionen der »armen« Länder mit hoher Arbeitslosenquote, hohem Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor und niedrigem Bruttoinlandsprodukt gelenkt werden — also z.B. auf Süditalien, sowie große Teile der neuen mediterranen Mitgliedsländer, kaum jedoch auf die peripheren Gebiete der BRD.

Gegenüber den beschriebenen Positionen — regionaler Disparitäten einerseits als Maßstabsvergrößerung von Zentrum und Peripherie zu EG-Dimensionen, andererseits als Disparitäten zwischen verschieden entwickelten Staaten — soll hier eine dritte Position entwickelt werden, nämlich, daß die regionalen Disparitäten sich nach wie vor in nationalen Dimensionen reproduzieren, jedoch unter dem Einfluß der EG bzw. der durch sie ausgelösten Entwicklungstendenzen eine neue Qualität und somit eine spezifische Ausprägung erfahren haben. Dieser Erklärungsansatz zum »regionalen Problem« in Europa wird im Folgenden anhand der mit der EG-Bildung einhergehenden ökonomischen Umstrukturierungsprozessen erläutert.

## 2.2. *Ökonomische Entwicklungstendenzen in der EG: Konzentration, Internationalisierung, internationale Arbeitsteilung und ihre regionalen Konsequenzen*

Die EG wurde im Jahre 1958 als gemeinsamer Markt gegründet, allerdings mit der Intention, langfristig zu einer weitergehenden Wirtschaftsunion und einer entsprechenden politischen Integration zu kommen. Wenngleich teilweise andere verbale Begründungen in den Vordergrund gerückt wurden, waren es doch im wesentlichen ökonomische Interessen, die diesen Zusammenschluß bewirkten: Die »vorausgegangene Kapitalkonzentration in Westeuropa« drängte nach größeren Absatzmärkten, als sie die nationalen Staaten bieten konnten (Mandel 1975, S. 41); dies um so mehr, als das europäische Kapital unter einem verschärften Konkurrenzdruck von seiten des US-Kapitals stand, das nicht zuletzt wegen des großen binnenländischen Marktes ganz andere Dimensionen der Produktion entwickelt hatte. In dieser Situation erhoffte man sich von der europäischen Integration »nachhaltige Wettbewerbsimpulse ..., die schließlich zu einer Erhöhung der Produktivität und zu einer Senkung der Produktionskosten, zu einer günstigeren Standortverlagerung der Produktion, zur Mobilität der Arbeitskräfte und zu einer transnationalen Kapitalkonzentration führen würden« (Deppe 1976, S. 45).

Wenngleich die konkrete Entwicklung des Kapitals in der Ära der europäischen Integration im einzelnen nicht analog zu den einfachen modelltheoretischen Erwartungen, sondern wesentlich widersprüchlicher verlief, und zudem der faktische Verlauf der Kapitalakkumulation in den beteiligten Ländern nicht ohne weiteres in einen ursächlichen Zusammenhang mit der EG-Bildung gebracht werden kann, so lassen sich dennoch einige wesentliche, für die Regionalentwicklung relevante Entwicklungstendenzen benennen: Eine starke Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Internationalisierung der bisher im nationalen Rahmen agierenden Kapitale sowie die Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung. Letztere ist allerdings, anders als im Verhältnis I. Welt / III. Welt, weniger durch extreme Lohndifferenzen und Entwicklungsniveauunterschiede bedingt und somit auch nicht so sehr eine ausgeprägte Arbeitsteilung zwischen technologieintensiven modernen und arbeitsintensiven traditionellen Industrien, als vielmehr auf eine Vielzahl von in historisch bereits verfestigten Produktionsspezialisierungen angelegte Faktoren zurückzuführen. Es handelt sich also eher um eine Arbeitsteilung zwischen modernen, technologieintensiven Sektoren. Im Prozeß der Herausbildung dieser Arbeitsteilung und der Maßstabsvergrößerung der Produktion wie der Absatzgebiete haben dabei in allen Mitgliedsländern Teile der Industrie eine enorme Restrukturisierung und Modernisierung erfahren, also eine äußerst günstige Entwicklung, die durch EG-Maßnahmen zusätzlich beschleunigt wurde, während andere Zweige zwangsläufig zurückblieben oder gänzlich wegkonkurriert wurden. Dies beschleunigte zwar insgesamt die Modernisierung der jeweiligen nationalen Wirtschaft, vertiefte jedoch die *sektoralen* Disparitäten innerhalb der jeweiligen Länder und verstärkte für jedes einzelne Land die Exportorientierung bzw. -abhängigkeit, und damit auch die Abhängigkeit vom Fortbestehen der EG.

Daneben hat sich aber auch in nicht zu unterschätzendem Maße eine Arbeitsteilung der ersten Art, d.h. zwischen qualitativ verschiedenen entwickelten Industrien, herausgebildet. So dominiert die BRD mit einem hohen Anteil an Industrien mit hohem Innovationstempo, während beispielsweise in Italien eher Industrien mit ausgereiften, d.h. traditionellen bzw. semi-modernen Technologien sowie arbeitsintensiveren Fertigungsweisen überwiegen. Auch die Ausbildung dieser Art von qualitativen Differenzen in der Industriestruktur der Mitglieds-

länder hat sich seit der Gründung der EG zusehends verstärkt<sup>6</sup>. In der aktuellen Situation der Wirtschaftskrise werden die Entwicklungsunterschiede deutlich sichtbar und erfahren zugleich eine zusätzliche Beschleunigung: Während nämlich die erstgenannten Industrien, unterstützt durch entsprechende Maßnahmen der jeweiligen nationalen Regierungen, durch verstärkte Rationalisierungs- und Innovationsmaßnahmen die Krise zu bewältigen suchen, gibt es für die letztgenannten kaum Kompensationsmöglichkeiten dieser Art, so daß ihr Entwicklungsspielraum erheblich eingeschränkt ist. Kostenersparnisse müssen dann über andere Mittel realisiert werden, wie beispielsweise Senkung der Lohnkosten, flexible Arbeitsgestaltung, *subcontracting* oder aber auch Standortverlagerungen. Langfristig vertiefen sich damit die strukturellen Divergenzen zwischen den nationalen Wirtschaften, und infolgedessen die Widersprüche innerhalb der EG; eine Situation, die sich durch die Ausweitung der EG um neue, ökonomisch geringer entwickelte Staaten nur verschärfen kann.

Auf der Ebene regionaler Konsequenzen der genannten Entwicklungen sind im wesentlichen folgende Tendenzen erkennbar:

(1) Die *Konzentration des Kapitals* und die damit einhergehenden Umwälzungen der stofflichen Organisation der Produktion (kapitalintensive Technologien, hohes Innovationstempo, vertiefte Aufsplitterung der Arbeitsprozesse und insbesondere stärkere Scheidung von Management und Produktion) bewirkt eine weitere räumliche Konzentration der arbeitsteilig organisierten Produktion und insbesondere der tertiären und quartären Aktivitäten in *den* Gebieten, die den gestiegenen und ständig steigenden Standortanforderungen einer so organisierten Produktion gewachsen sind: die ein ausreichendes Potential von genügend geschulten und flexiblen Arbeitskräften aufweisen bzw. anziehen können; die moderne allgemeine Produktionsvoraussetzungen (Infrastrukturanlagen verschiedenster Art, Energie etc.) und deren fortlaufende technologische Umwälzung gewährleisten können und die bereits ein vielseitiges Spektrum von Betrieben des produktiven und tertiären/quartären Bereichs aufweisen und auch in Zukunft anziehen können; kurzum Gebiete, die die günstigsten, und, angesichts im einzelnen nicht kalkulierbarer zukünftiger Entwicklungen, die sichersten Voraussetzungen für ein weiterhin schnelles Innovationstempo bieten können. Es sind also die bereits entwickelten städtischen Verdichtungsgebiete, die diese vielfältigen Voraussetzungen erfüllen, und die auch tatsächlich in den Nachkriegsjahrzehnten in allen Mitgliedsländern einen enormen Konzentrationsprozeß erfahren haben, der sowohl zu einer räumlichen Ausweitung als auch zu einer inneren Verdichtung und Differenzierung solcher Gebietsstrukturen geführt hat. Die dabei zu beobachtende Verlagerung der Industrie aus den großen Städten heraus in deren Randzonen oder Ausstrahlungsgebiete ist dabei nicht als Tendenz zur Dezentralisierung, und damit als neue Qualität der Standortentwicklung zu interpretieren; vielmehr ist sie als neue *Dimension* im Prozeß der *Konzentration* der Produktion zu werten, wobei die Städte die Form von hierarchisch strukturierten Agglomerationsgebieten annehmen, in deren Kernen sich die tertiären und quartären Aktivitäten konzentrieren, während die Industrien die Rand- und Ausstrahlungsgebiete aufsuchen. Die Kehrseite dieses Konzentrationsprozesses ist die zunehmende funktionale Entleerung der ländlichen bzw. peripheren Gebiete infolge des Wegkonkurrierens kleinerer, in solchen Gebieten standortgebundener Kapitale. Diese Prozesse werden noch verstärkt, weil gleichzeitig die Landwirtschaft, nicht zuletzt auch infolge der EG-Agrarpolitik, tiefgreifenden Rationalisierungsprozessen und damit einem enormen Verlust von Arbeitsplätzen ausgesetzt ist.

Diesen Entwicklungen steht zwar die Verlagerung von Teilfertigungen der Großunternehmen in solche — relativen — Niedriglohgebiete gegenüber; faktisch konnte das relative Zu-

rückbleiben der Peripherien gegenüber den Zentrumsgebieten dadurch jedoch nicht kompensiert werden. Dies nicht nur, weil, bezogen auf die Gesamtgröße solcher Gebiete und den Gesamtverlust an Arbeitsplätzen in den traditionellen Erwerbszweigen das quantitative Ausmaß der Verlagerung von Zweigbetrieben letztendlich gering blieb und sich auf wenige ausgewählte Standorte beschränkte, sondern auch, weil die neuen Betriebe als Teilfertigungsanlagen mit einfachen Produktionsprozessen keine strukturelle Diversifizierung mit sich brachten und aufgrund der etablierten »linkages« mit den Zentrumsgebieten eine solche auch nicht nach sich ziehen konnten. Zudem erwies sich die scheinbare Tendenz der Standortdezentralisierung als ein temporäres Phänomen, primär ausgelöst durch die Knappheit an Arbeitskräften in den Konzentrationsgebieten während der Jahre eines schnellen, vorwiegend extensiven Wirtschaftswachstums. In dem Maße jedoch, wie sich der Internationalisierung der Produktion immer weniger Hindernisse entgegenstellten, konnten die relativen Standortvorteile der Peripherien der hochentwickelten Industrieländer — die vergleichsweise größeren Arbeitsreserven und die relativ niedrigeren Löhne — wesentlich besser in den Ländern der III. Welt realisiert werden. Auf der anderen Seite vermindern der neuerliche Trend zu vorwiegend intensiven Rationalisierungs- und Innovationsinvestitionen sowie die infolge der Wirtschaftskrise schnell wachsende Arbeitsreserve in den Zentrumsgebieten die Chancen für Neuinvestitionen in den Peripherien.

(2) Die *Internationalisierung des Kapitals* in ihrer vorherrschenden Form der Direktinvestition im Ausland bewirkt, soweit vor allem *nationale* Unterschiede in den Produktionsbedingungen sowie günstigere Organisations- und Absatzformen in bezug auf nationale Märkte genutzt werden sollen — zumal es sich hier in der Regel um die fortgeschrittensten Großkapitale mit technologisch innovativen Produktionsformen handelt — eine Verstärkung der Ansiedlungstendenz in den jeweilig entwickeltesten Gebieten der Investitionsländer. Soweit jedoch für die Standortwahl Faktoren ausschlaggebend sind, die in den peripheren Gebieten günstiger sind (wie vor allem ein großes Arbeitskräftereservoir zu niedrigen Löhnen), fällt die Wahl in zunehmendem Maße auf Länder der III. Welt (vgl. Hamilton, 1976, Holland, 1978, Klemmer, 1979). Ist dennoch ein Standort innerhalb des EG-Gebietes erwünscht — etwa aus organisationstechnischen Gründen oder wegen der Nähe zum Absatzmarkt — dann werden kaum die Peripherien der hoch entwickelten EG-Länder in Anspruch genommen; vielmehr sind dann die geringer entwickelten Mitgliedsstaaten gefragt, und hier wiederum, ebenso wie in den Entwicklungsländern, deren Zentrumsgebiete, da diese sowohl die genannten als auch noch zusätzliche andere Standortvorteile bieten.

(3) Die Herausbildung einer *internationalen Arbeitsteilung* zwischen den EG-Ländern bewirkt, soweit es sich um eine Arbeitsteilung zwischen *modernen Sektoren* und *Branchen* handelt, verbunden mit einer hohen Exportorientierung, ebenfalls eine Begünstigung der zentralen, entwickelten Standorte in den jeweiligen Ländern. Hier bieten sich nicht nur die günstigsten Voraussetzungen für die Produktion, sondern auch für die Vermarktung und den Export; von den Zentrumsgebieten aus lassen sich Beziehungen und Kontakte zu den Zentren der anderen Länder am leichtesten herstellen. Insgesamt bewirkt diese Art der Arbeitsteilung aufgrund des steigenden Anteils moderner Branchen in *jedem* Land eine standortmäßige Kontraktion. Soweit es sich um eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen entwickelten Sektoren handelt, wie dies im Verhältnis BRD — Italien sehr deutlich ist, aber auch allgemein für die Beziehung zwischen »armen« und »reichen« EG-Ländern zutrifft, bewirkt diese auf Seiten des Landes mit der »modernen« Wirtschaft die Konzentration eines relativ hohen Anteils der Produktion in den entwickelten Gebieten und ein beschleunigtes

Wegkonkurrieren der traditionelleren Sektoren, die bisher eher peripher bzw. dispers lokalisiert waren, also insgesamt eine Verschärfung regionaler Disparitäten. (Vgl. für die BRD: Farki/Wellmann 1978, Peschel et al. 1979, Hoormann et al. 1979, Hoormann et al. 1983) Auf seiten des Landes mit stärkerer Spezialisierung auf traditionelle Sektoren (die einhergeht mit einem relativ niedrigeren Lohnniveau und insgesamt einem geringeren Industrialisierungsgrad), bewirkt diese Arbeitsteilung zunächst eine Konzentration der Betriebe in (wenigen) entwickelten Zentren; bei steigendem Industrialisierungsgrad und zunehmender Differenzierung zwischen traditionellen und modernen Sektoren tritt dann aber auch eine räumliche Differenzierung zwischen (wenigen) Zentrumsgebieten und einem größeren Ausstrahlungsgebiet (mit günstigen Bedingungen für die Organisation des Exports) auf, d.h. eine Differenzierung zwischen Zentrum und »zentraler Peripherie«. Die eigentliche Peripherie wiederum bleibt vom Prozeß der Industrialisierung weitgehend ausgeschlossen. In beiden Fällen ist die Folge eine Verschärfung der *intranationalen* Disparitäten.<sup>7</sup>

Fassen wir das Gesagte zusammen, so ergibt sich als wesentlichste Resultante aus den drei beschriebenen Entwicklungstendenzen für *jedes* Mitgliedsland der EG eine enorme Stärkung seiner bereits entwickelten Zentrumsgebiete sowie eine weitere absolute und relative Schwächung seiner geringer entwickelten Gebiete bzw. Peripherien. Konkret vollzieht sich dieser Prozeß als Transformation des traditionellen Zentrum-Peripherie-Verhältnisses, das primär auf der räumlichen Scheidung zwischen Landwirtschaft und Industrie, sekundär auf der zwischen modernen und traditionellen Sektoren beruht, zu einem solchen, das durch die Arbeitsteilung zwischen Spitzenfunktionen der Großunternehmen und ihren einfachen Teilfertigungsprozessen gekennzeichnet ist. Gleichzeitig reproduziert sich die Trennung zwischen modernen und traditionellen Industriesektoren und in gewissem Maße auch die zwischen technologieintensiven und arbeitsintensiven Fertigungsprozessen in internationalen Dimensionen, so daß auch das Zentrum-Peripherie-Verhältnis eine Internationalisierung erfährt. Diesen *internationalen* Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie entsprechen allerdings im raumstrukturellen Sinne Beziehungen zwischen *Zentrum*gebieten, d.h. Agglomerationsräumen mit einer diversifizierten ökonomischen Struktur, jedoch von industriell unterschiedlich entwickelten Ländern. Die jeweiligen nationalen Peripherien bleiben dabei weitgehend aus diesen Beziehungen ausgespart bzw., stärker noch, verlieren aufgrund der beschriebenen Internationalisierungsprozesse Teile ihrer bisherigen Produktionsbasis und werden dadurch weiter marginalisiert. Damit erfahren also innerhalb *jedes* Mitgliedslandes die Zentrum- wie die peripheren Gebiete jeweils eine Maßstabsvergrößerung, während sich die strukturelle Kluft zwischen den Gebieten vertieft. Aus der EG-Bildung und den mit ihr verbundenen Internationalisierungsprozessen in den ökonomischen Beziehungen resultiert also keineswegs eine parallel gerichtete Internationalisierung der regionalen Ungleichentwicklung; wohl aber führt sie zu einer — quantitativ größer dimensionierten und qualitativ neustrukturierten — Reproduktion der regionalen Ungleichentwicklung auf *nationalem* Niveau.

Die in der regionalwissenschaftlichen Fachliteratur angenommene Ausbildung *eines* Zentrums der Gesamt-EG gegenüber einer ausgedehnten Peripherie wäre allenfalls dann (langfristig) zu erwarten, wenn die Nationalstaaten bereits völlig aufgehoben wären zugunsten einer EG, d.h., wenn die ausschlaggebenden Standortfaktoren innerhalb des EG-Gebietes auf rein »geographische« reduziert wären — also Lagefaktoren sowie Agglomerationsvorteile —, während die durch die Nationalstaaten und deren unterschiedliche Entwicklungsniveaus bedingten Differenzen in den Lohnniveaus, in den Voraussetzungen der Produktion, in den staatlichen Regelungen und Fördermaßnahmen etc. nivelliert wären. Von einer solchen Ent-

wicklung ist die EG allerdings weit entfernt; sie ist auch in Zukunft kaum zu erwarten, gerade *weil* die ökonomischen Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten und die daraus resultierenden Interessensdivergenzen den Übergang zu einer einheitlichen suprastaatlichen Institution nicht erstrebenswert machen. Dennoch ist die Vorstellung einer geographischen Zentrum-Peripherie-Ausprägung auf EG-Niveau auch nicht falsch: Denn zum einen bewirkt die zunehmende Stärkung der Zentrumsgebiete in den jeweiligen Staaten, verbunden mit einer zunehmenden Arbeitsteilung zwischen ihnen, auch deren intensiviertere Beziehungen untereinander, und somit die Begünstigung von Standorten, die entlang der Verbindungslinien liegen. Zum zweiten bewirkt die zunehmende Arbeitsteilung und Internationalisierung in der EG die Herausschälung von Funktionen, die an einem oder wenigen Standorten der EG für das Gesamtgebiet ausgeübt werden können, und damit eine Begünstigung der Zentren, die im EG-Gebiet am zentralsten liegen, zumal es sich hierbei gleichzeitig um die Zentren der höher entwickelten Länder handelt. Auch die EG-Interpretation der Regionalentwicklung in Europa benennt eine Seite des Problems — wenngleich in verkehrter Form — nämlich die Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung, die die Grundlage der von der EG besonders betonten Disparitäten zwischen den Ländern sowie des extremen Zurückbleibens der strukturschwachen Regionen der ärmsten Länder bildet. Allerdings liegt dann das *regionale* Problem nicht, wie es die EG suggeriert, in regionalen Disparitäten *zwischen* Ländern sowie innerhalb der »armen« Länder, sondern in der Verschärfung regionaler Disparitäten *innerhalb* der »reichen« *und* der »armen« Länder.

Gegenüber beiden Positionen ist abschließend zu betonen, daß das »regionale Problem« in Europa nicht lediglich ein Problem entlegener »armer« Regionen ist, wofür Süditalien als Prototyp steht (dessen Strukturprobleme dann auch noch als historisch bedingt ausgegeben werden können); vielmehr ist es ein Problem *aller* Regionen Europas, denn die beschriebenen Prozesse bewirken eine Umstrukturierung *aller* Teilgebiete, der entwickelten wie der unterentwickelten, mit allen negativen Konsequenzen für die jeweils in ihnen ansässige Bevölkerung. Es handelt sich also um ein ubiquitäres Problem als Folge der ständigen Reorganisation des Kapitals und seiner konkreten Formen der Produktion; »regionale« ist es nur insoweit, als es in verschiedenen strukturierten Gebieten eine unterschiedliche konkrete Ausprägung erfährt.

## Die Regionalpolitik der EG

### 3.1. *Motive, Instrumente und Verfahrensweise*

Im Jahre 1975 wurde mit der Einrichtung des Regionalfonds erstmals eine aktive Regionalpolitik auf internationalem Niveau inangegesetzt. Es waren aber weniger die Probleme einer zunehmenden regionalen Ungleichentwicklung in den Mitgliedsländern als Folge der oben beschriebenen Internationalisierungsprozesse, die diesen Schritt auslösten, als vielmehr die Pläne der EG, die ökonomische Integration der Partnerländer zu beschleunigen über die Schaffung zunächst einer Währungsunion, die schließlich in eine Wirtschaftsunion ausmünden sollte. Dabei befürchtete man als Folge der Währungsunion — die es den ökonomisch schwächer entwickelten Ländern bzw. den weniger produktiven Kapitalen solcher Länder unmöglich machen würde, über den Mechanismus der Abwertung der nationalen Währungen ihre Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten zu behaupten — eine erhebliche Verschärfung der *ökonomischen* Disparitäten in der EG, die schließlich sogar den weiteren

Integrationsprozeß behindern könnte. Dieses Problem wurde jedoch konkret als *regionales* formuliert: die Währungsunion, die erst einen wirklich freien Waren- und Kapitalstrom ermöglichen und zur Angleichung der Lohndifferenzen führe, bewirke eine weitere Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten in den europäischen Zentrumregionen, und damit insgesamt eine Verstärkung der regionalen Disparitäten auf internationalem Niveau (Stahl 1974). Gegenüber dieser Entwicklung sollte die Regionalpolitik als gegensteuerndes Instrument fungieren.

Die ehrgeizigen Pläne zur Wirtschafts- und Währungsunion scheiterten allerdings bei den ersten währungspolitischen Angleichungsversuchen an erheblichen politischen Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten (zu den Ursachen hierfür: siehe Busch 1978). Die Regionalpolitik wurde demgegenüber ohne nennenswerte Grundsatzprobleme institutionalisiert und in der Folge rasch ausgebaut. Die Gründe hierfür sind wiederum nicht im Willen zur Lösung regionaler Probleme als solcher zu suchen, als vielmehr in der Notwendigkeit, einen Weg zur Lösung dringender Funktionsprobleme der EG zu finden. Denn das Problem zunehmender *ökonomischer* Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsländern stellte sich nicht nur im Falle einer weitergehenden Integration, sondern auch und mehr noch im Falle einer *Erweiterung* der EG um neue Mitgliedsstaaten, wie sie seit den 70er Jahren in den Vordergrund der politischen Bemühungen rückte. Gilt dies bereits für die erste Erweiterungsrunde 1973 — mit England, Irland und Dänemark müssen Länder mit einer relativ schwächeren und einseitigeren ökonomischen Struktur in die Sechsergemeinschaft integriert werden —, so trifft es noch in weit stärkerem Maße für die zweite und dritte Erweiterung zu: mit Griechenland, Spanien und Portugal werden erstmals in großem Umfang gering bzw. semi-industrialisierte Länder in die EG aufgenommen. In dieser Situation wurde wiederum der Regionalpolitik eine kompensatorische Funktion zugeordnet: Über den Transfer von Finanzmitteln in die ökonomisch schwächer entwickelten Länder sollten eventuelle Nachteile aus der EG-Mitgliedschaft ausgeglichen werden. Diesem Konzept von Regionalpolitik entspricht die Mittelzuweisung aus dem Regionalfonds entsprechend einem vorab auf die Länder festgelegten Verteilungsschlüssel (Tab. 1). Wenngleich sich

Tab. 1: Verteilungsschlüssel für die Zuweisung von Finanzmitteln aus dem Regionalfonds auf die Mitgliedsländer der EG, 1975, 1981 und 1985, in %

	1975	1981	1985	
			Untergrenze	Obergrenze
Belgien	1,5	1,1	0,9	1,2
Dänemark	1,3	1,1	0,5	0,7
Deutschland	6,4	4,7	3,8	4,8
Griechenland	—	13,0	12,4	15,7
Frankreich	15,0	13,7	11,1	14,7
Irland	6,0	6,0	5,6	6,8
Italien	40,0	35,5	31,9	42,6
Luxemburg	0,1	0,1	0,1	0,1
Niederlande	1,7	1,2	1,0	1,3
Vereinigtes Königreich	28,0	23,8	21,4	28,6

Quelle: Verordnung (EWG) Nr. 724/75, Änderung der Verordnung, in: Kommission ..., 1982, S. 125, Verordnung (EWG) Nr. 1787/84

durch die jeweiligen Erweiterungsrounden der EG gewisse Verschiebungen in den Prozentwerten ergeben, erweisen sich die Grundprinzipien der Mittelvergabe als auffällig konstant: In erster Linie werden sog. »arme« Länder begünstigt, in zweiter Linie »Länder mit den ärmsten Regionen innerhalb der EG«<sup>8</sup>. Auf die Tatsache erheblicher Disparitäten in *allen* Mitgliedsländern bezieht sich allenfalls der Umstand, daß immerhin jedes Land Anspruch auf einen Betrag aus dem Regionalfonds hat; eine Regelung, die jedoch primär motiviert ist vom Anspruch der EG, für ihr Gesamtgebiet Politik zu betreiben und nicht von ihren regionalen Problemen. Gleichzeitig entspricht die Mittelzuweisung aber auch dem Kriterium »Problemgebiete« der EG — nämlich einerseits größere, überwiegend agrarisch strukturierte Gebiete und andererseits industrialisierte Gebiete mit stark rückläufiger Industrieentwicklung infolge von Strukturveränderungen (Kommission, 1977). Indem an beide Gebietstypen das Kriterium »hohe Arbeitslosigkeit« gekoppelt ist, trifft diese Definition von Problemgebieten auf Teile Italiens und Großbritanniens, auf Griechenland, Irland und neuerdings auch auf Spanien und Portugal zu, nicht jedoch auf das Ruhrgebiet oder aber den Bayrischen Wald. Faktisch werden allerdings mit einer solchen regionalen« Problemdefinition die dringendsten *ökonomischen* Probleme dieser Länder benannt: auf der einen Seite die notwendige Umstellung des veralteten industriellen Produktionsapparates, auf der anderen Seite der zu geringe Industrialisierungsgrad überhaupt.

Es wäre allerdings falsch, aus der beschriebenen Konstruktion der EG-Regionalpolitik die Schlußfolgerung zu ziehen, daß diese sich im Mitteltransfer zwischen »reichen« und »armen« Ländern erschöpfe. Vielmehr zeigt die Wahl des Instrumentariums und der konkrete Werdegang des Regionalfonds, daß die EG die Vergabe von Subventionen mit sehr gezielten Forderungen zu deren Verwendung verbindet, und daß sie ihre darin enthaltenen Interessen auch in zunehmendem Maße durchzusetzen weiß. (Martins/Mawson, 1980, 1983, Tömmel 1986). So wurde seit 1975 nicht nur die Finanzausstattung des Fonds kontinuierlich erhöht (von 1975: 258 über 1980: 1 165 auf 1984: 2 140 Mio ERE; Kommission..., 1985), sondern zugleich auch das Instrumentarium zu seinem Einsatz in mehreren einschneidenden Reformschritten ausgebaut und differenziert. Dabei wurden die klassischen Mittel der Regionalpolitik — Subventionierung von Betriebsansiedlungen und Infrastrukturausbau in peripheren Gebieten — sukzessive durch zusätzliche Kriterien und Mechanismen der Mittelvergabe ergänzt. Die Mittelvergabe orientiert sich zunehmend restriktiv an der ökonomischen Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der geplanten Projekte im EG-Maßstab. Zusätzliche Planungsmechanismen sowie programmatische Vorgaben von seiten der EG (insbesondere die integrierten Entwicklungsprogramme) sichern die inhaltliche Entwicklungsrichtung der Projekte ab (vgl. Verordnung 1984). Gemeinsamer Nenner aller bisherigen Reformen der Regionalpolitik ist deren zunehmende Ausrichtung auf eine moderne ökonomische Entwicklung in den Empfängergebieten (und -ländern), wobei technologisch und organisatorisch innovativen Projekten eindeutig der Vorrang gegeben wird vor solchen, die »lediglich« die Arbeitslosigkeit oder aber soziale Probleme in den betroffenen Gebieten mildern würden.

Auch die Konstruktion, daß die EG-Subventionen nur als prozentualer Beitrag zu den nationalen Fördermaßnahmen vergeben werden (in der Regel 50 %), beinhaltet nicht etwa eine bloße additive Verstärkung der nationalen Politiken von seiten der EG (Armstrong 1978), sondern zwingt umgekehrt die Mitgliedsstaaten in zunehmendem Maße zur Anpassung ihrer Politik an die Vorgaben der Gemeinschaft. Abschließend kann somit konstatiert werden, daß die EG ihrer Regionalpolitik in einer relativ kurzen Zeitperiode nicht nur einen zuneh-

mend eigenständigen Platz eingeräumt hat, sondern daß sie diese Politik auch benutzt zu einer aktiven Beeinflussung regionaler Entwicklungsprozesse *und* regionaler Politiken in den Mitgliedsländern.

### 3.2. Die Wirkungsweise der EG-Regionalpolitik in Italien

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Charakterisierung der EG-Regionalpolitik soll im folgenden deren Wirkungsweise am Beispiel Italiens analysiert werden, dem Land, das mit Abstand den höchsten Förderbetrag aus dem Regionalfonds erhält, und das zugleich gekennzeichnet ist durch ein scharf ausgeprägtes, schon fast »klassisch« zu nennendes internes regionales Problem: den Nord-Süd-Gegensatz. Entsprechend den EG-Regelungen stehen hier Finanzmittel für das Gesamtgebiet des Mezzogiorno, Italiens unterentwickelten Süden, zur Verfügung, wie er auch innerhalb der Regionalpolitik des italienischen Staates als Fördergebiet ausgewiesen ist.<sup>9</sup> Subventionswürdig sind betriebliche Investitionen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor sowie infrastrukturelle Projekte, die der Verstärkung der ökonomischen Struktur dienen. Wenngleich dieses Paket von Förderungsmaßnahmen in seiner sektoralen und räumlichen Anwendungsbreite als sehr globales Entwicklungsinstrument erscheint, so entfaltet es doch in der Praxis — aufgrund der Wechselwirkung zwischen restriktiven Vergabekriterien und den begrenzten Möglichkeiten der Empfängergebiete, solchen Kriterien zu entsprechen — eine sehr spezifische Wirkung. Dies äußert sich für Süditalien in einer extremen Ungleichverteilung der Mittel nach Gebieten sowie Sektoren bzw. Projektarten, die sich zudem mit dem Ausbau des Regionalfonds verstärkt.

So weist die Mittelvergabe nach der *Art* der Projekte (Tab. 2) in den Anfangsjahren des Regionalfonds noch eine relativ gleichmäßige Verteilung auf die Bereiche Industrie- und Dienstlei-

Tab. 2: Jährliche Zuweisungen aus dem Regionalfonds an Italien, nach Projektart, 1975-1984 (in Mio ECU<sup>1</sup>).

	Industrie und Dienstleistungen	Infrastruktur (ind. Studien)	insgesamt	Anteil von Industrie und Dienstleistungen an den Gesamtzuweisungen (in %)
1975	31,4	41,1	72,4	43
1976	10,8	108,5	119,3	9
1977	43,3	67,9	111,2	39
1978	51,0	177,4	228,4	22
1979	51,5	344,6	396,1	13
1980	67,1	406,0	473,1	14
1981	26,7	674,1	700,8	4
1982	48,5	570,3	618,8	8
1983	52,8	793,7	846,4	6
1984	56,6	748,8	805,4	7
1975-84	439,7	3932,4	4371,9	10

1 Umrechnungskurs: Januar des Jahres der Zuweisungsentscheidung; für 1975, 76, 77: Januar 1978.

Quelle: 1975-1983, berechnet nach Computerausgaben des Generaldirektorats Regionalpolitik der EG, 1984: Kommission, 1985.

Tab. 3: Jährliche Zuweisungen aus dem Regionalfonds an die Regionen des Mezzogiorno, 1975-1984, in Mio ECU.<sup>1</sup>

Jahr	REGION										Multi-regionale Projekte
	Marche <sup>2</sup>	Lazio <sup>3</sup>	Abruzzi	Molise	Campania	Puglia	Basilicata	Calabria	Sicilia	Sardegna	
1975	1,0	12,9	3,3	0,6	17,5	15,5	1,0	1,3	10,6	8,9	—
1976	—	9,2	0,3	0,9	22,9	3,0	4,1	16,1	20,4	33,0	9,5
1977	3,7	9,2	14,0	2,5	18,8	20,1	2,6	5,9	16,7	6,9	—
1978	2,8	13,4	7,9	1,4	70,1	52,9	6,7	13,0	34,4	19,4	6,5
1979	5,4	23,8	18,7	13,7	74,0	37,9	6,9	21,7	59,4	16,0	100,1
1980	11,4	19,6	43,5	3,8	89,4	33,5	12,7	69,1	70,9	21,6	78,2
1981	10,0	22,7	21,5	5,2	170,9	12,8	10,9	69,5	204,9	60,1	104,0
1982	5,7	14,2	28,2	7,7	296,8	53,4	10,2	65,9	67,2	32,2	—
1983	8,2	33,6	40,1	21,1	301,3	83,7	92,7	109,9	85,9	28,8	—
1984	7,2	44,1	28,1	7,2	290,4	43,8	23,0	72,3	198,0	61,2	—
1975-84	55,4	202,7	205,6	64,1	1352,1	356,6	170,8	444,7	768,4	226,9	298,3

1 Umrechnungskurs: siehe Tab. 3.

2 Nur Provinz Ascoli Piceno.

3 Nur die Provinzen und Provinzteile, die zum Mezzogiorno als Verwaltungsgebiet gehören (siehe Karte 1):

Quelle: siehe Tab. 2.

stungsbetriebe einerseits und Infrastrukturmaßnahmen andererseits auf; in den Folgejahren bildet sich dann eine eindeutige Dominanz des Infrastrukturbereiches heraus. Dabei kommt die starke absolute Zunahme der Subventionen während des hier betrachteten Zeitraumes nahezu ausschließlich den Infrastrukturprojekten zugute, während die Ausgaben für Betriebsansiedlungen (in der Regel Industrie) auf gleichermaßen niedrigem Niveau stagnieren. In diesen Zahlen spiegeln sich bereits grundsätzlichere Merkmale der süditalienischen Entwicklung: Industrieansiedlungen können — trotz der hohen Subventionen — nur in begrenztem Maße angezogen werden; soweit diese ausbleiben, übernimmt der Staat *direkt* die Entwicklungsstrategie. Auch die *regionale* Verteilung der Fördermittel weist erhebliche und mit der Zeit zunehmende Ungleichgewichte auf (Tab. 3). Wechselte in den Anfangsjahren die Zuweisung von hohen Subventionsbeträgen noch zwischen einer größeren Zahl von Regionen Süditaliens, so konzentrieren sich die Mittel in den letzten Jahren immer eindeutiger auf wenige Gebiete; weit an der Spitze steht die Region Campania, die 1984 mehr als ein Drittel der Gesamtförderung für Italien auf sich vereinigt. Umgekehrt kristallisieren sich auch zunehmend deutlich die »Schlußlichter« der regionalen Entwicklungsförderung heraus. Molise und Basilicata, aber auch die »Nordgebiete« des Mezzogiorno — Marche, Lazio, Abruzzi. Die Hintergründe dieser regionalen Ungleichverteilung werden erkennbar bei einer weiteren Aufschlüsselung der Daten nach Art der Projekte (Tab. 4). Dann zeigt sich nämlich, daß es ganz bestimmte Regionen sind, die von Industrieansiedlungen bevorzugt werden, — dementsprechend vergleichsweise geringere Förderbeträge auf sich ziehen — während andere offensichtlich die Favoriten der infrastrukturellen Projekte des Staates sind. So sind es vor allem die Nordgebiete des Mezzogiorno sowie der Küstenstreifen entlang der Adria, die den

Tab. 4: Zuweisungen aus dem Regionalfonds an die Regionen des Mezzogiorno, nach Projektart, 1975-83 sowie 1984 (in Mio ECU)

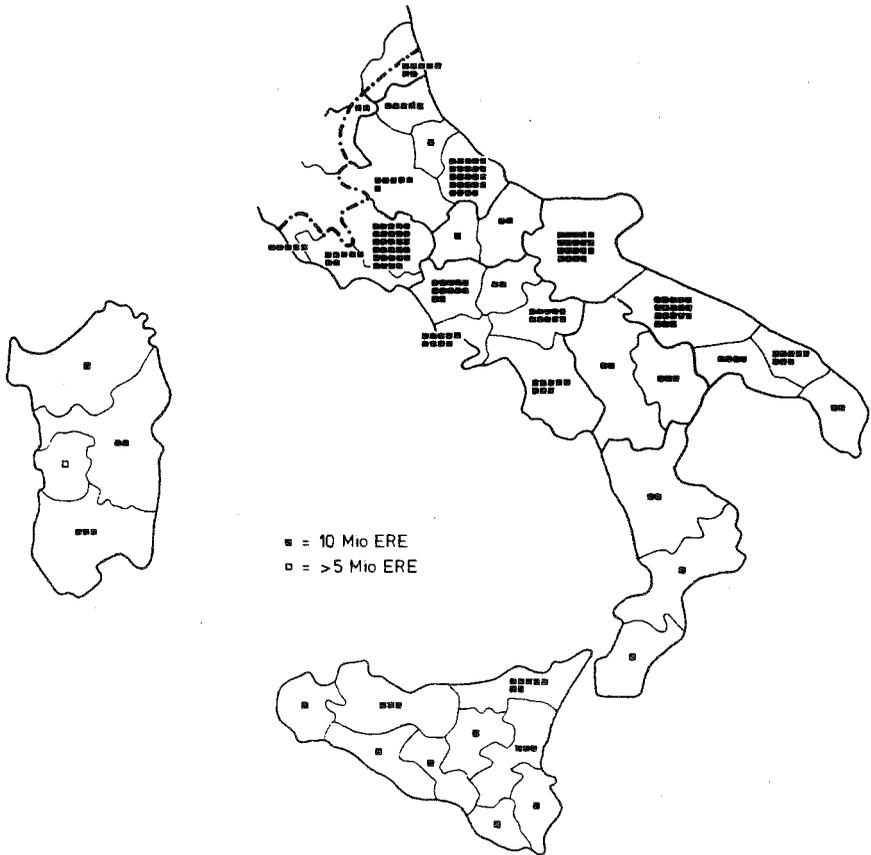
Region	1975 - 1983			1984		
	Industrie und Dienst- leistg.	Infra- struktur	Ind. u. Dl. in % d. Ge- samtzuw.	Industrie und Dienst- leistg.	Infra- struktur*	Ind. u. Dl. in % d. Ge- samtzuw.
Marche	17,8	38,5	32	1,6	5,6	22
Lazio	66,0	90,8	42	13,2	30,9	30
Abruzzi	74,4	101,1	42	5,2	22,9	19
Molise	4,7	51,5	8	—	7,2	—
Campania	74,3	978,3	7	19,9	270,5	7
Puglia	78,8	231,2	25	5,7	38,1	13
Basilicata	12,5	132,4	9	—	23,0	—
Calabria	11,7	356,9	3	4,1	68,2	6
Sicilia	28,5	538,9	3	3,6	194,3	2
Sardegna	11,7	214,3	5	3,3	57,9	5
Multiregional	—	364,4	—	—	—	—
Italia	381,4	3157,8	11	56,6	748,8	7

Quelle: 1975-83: Commission des Communautés Européennes, *Le FEDER en chiffres*, Brüssel 1983, 1984: Kommission... 1985, S. 74.

\* einschließlich Studien.

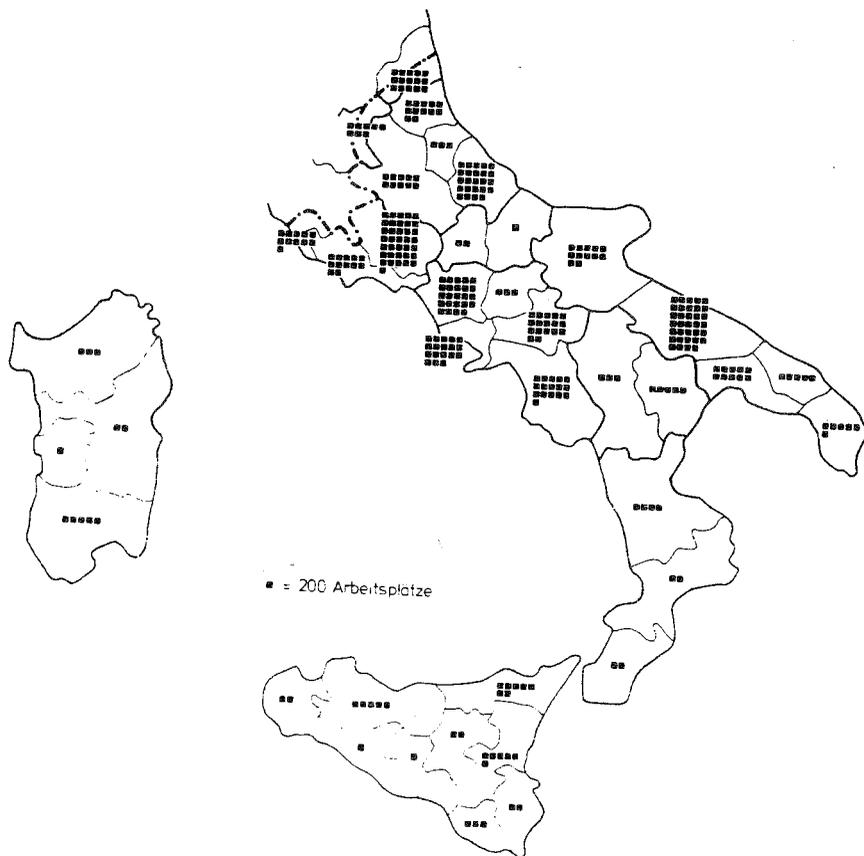
größten Teil der industriellen Investitionen auf sich vereinigen; demgegenüber konzentrieren sich die staatlichen Infrastrukturinvestitionen vorwiegend auf Gebiete mit geringer industrieller Entwicklungsdynamik (Campania, Calabria, Sicilia und auch Sardegna). Es wäre jedoch falsch, aus dieser Situation auf eine einfache kompensatorische Politik des italienischen Staates zu schließen. Vielmehr gibt es sowohl im positiven wie im negativen Sinne Ausnahmen von der beschriebenen Regel: So erhält die Region Puglia mit ihrem Höchstmaß an industriellen Investitionen zusätzliche hohe Infrastruktursubventionen, während umgekehrt die internen Berggebiete des Mezzorgione von privaten Investoren gemieden, aber auch von staatlicher Seite kaum gefördert werden.

Karte 1: Industrieinvestitionen in Süditalien, von der EG subventioniert, 1975-1983.



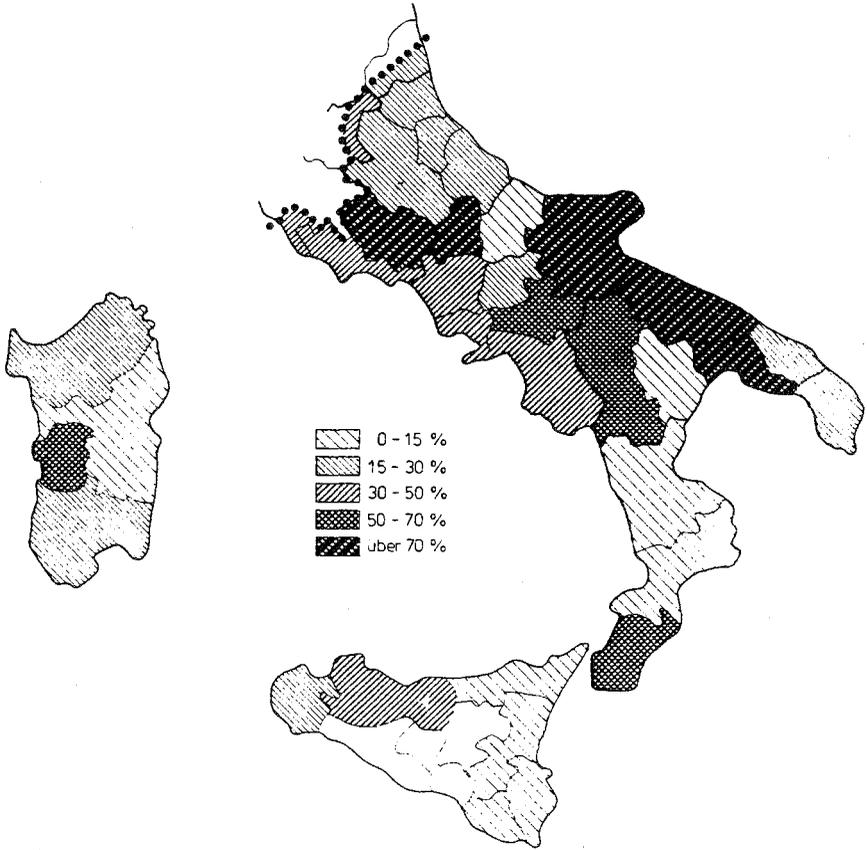
Quelle für Karten 1-5: Eigene Berechnung nach Computerauszügen des Generaldirektorats Regionalpolitik (XVI) der EG.

Karte 2: Geschaffene Arbeitsplätze in Industriebetrieben (von der EG subventioniert), 1975-83.



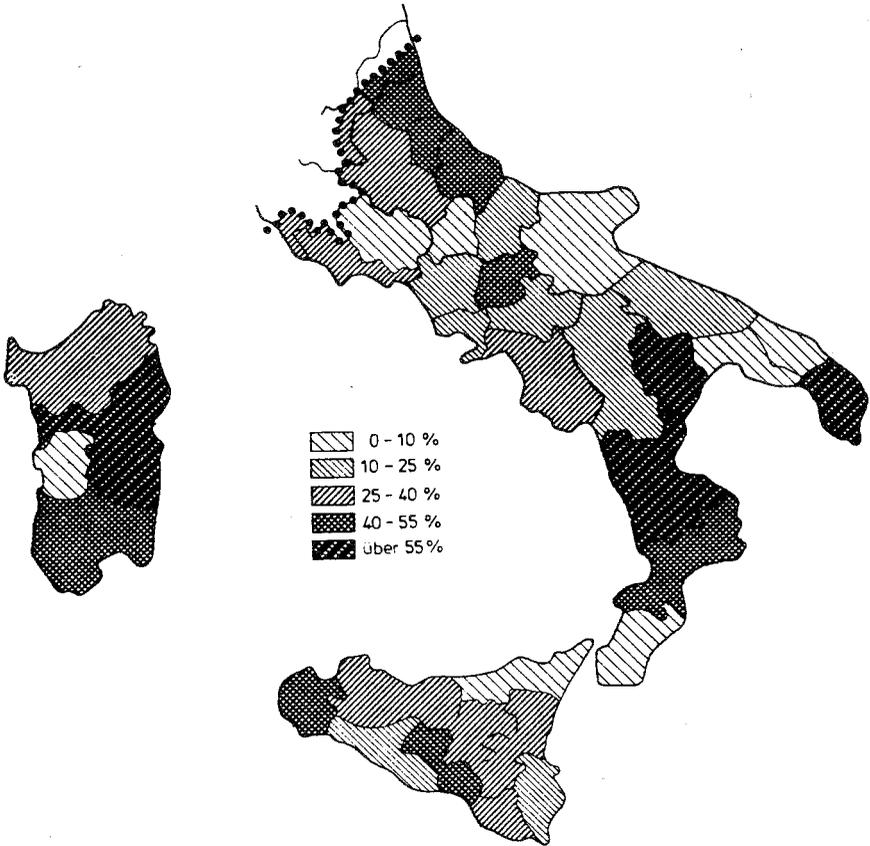
Die »Logik«, die der räumlich begrenzten und ungleichen Verteilung der Industrieansiedlungen zugrundeliegt, wird deutlich bei einer kleinräumigen Aufschlüsselung der Daten (Karte 1). Dann zeigt sich, daß sich die Investitionen auf wenige Standorte mit ausnahmsweise günstigen Bedingungen konzentrieren: einerseits die Randzonen der großen Städte bzw. Agglomerationsgebiete (Rom, Neapel<sup>10</sup>, Bari sowie Pescara); andererseits Gebiete, die an den entwickelten Norden Italiens angrenzen (Ascoli Piceno, Lazio, Abruzzi) oder von diesem aus sehr gut erschlossen sind (Chieti, Foggia, Brindisi). Standorte, die beide Qualitäten auf sich vereinigen können, weisen dementsprechend auch die höchsten Investitionsbeträge auf (bes. Frosinone und Chieti). Umgekehrt kristallisieren sich auch die Gebiete mit offenbar ungünstigen Standortfaktoren deutlich heraus: die internen Berggebiete des Mezzogiorno, die Randgebiete des süditalienischen Festlandes sowie die Inseln Sizilien und Sardinien.

Karte 3: % Anteil der metallverarbeitenden Industrie (Nace Code 3) an den  
 Industrieinvestitionen in Süditalien (von der EG subventioniert) 1975-83.



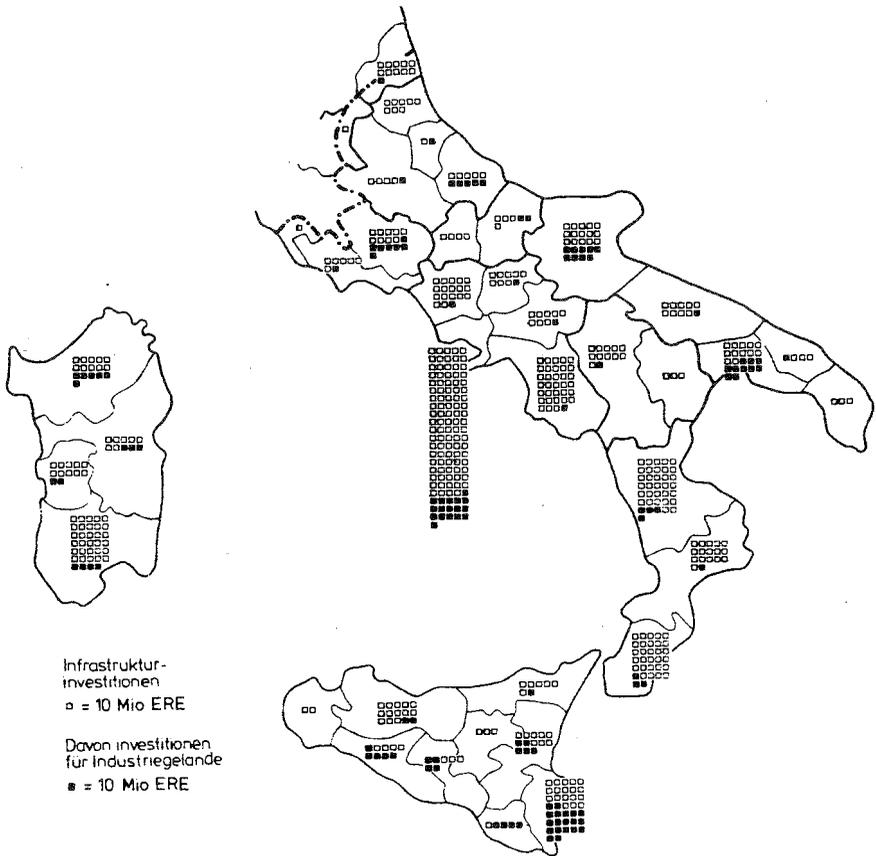
Den genannten Gebietstypen des Mezzogiorno entsprechen aber auch unterschiedliche Industrialisierungstypen: So werden die Nordgebiete des Südens bevorzugt von Industrien, die durch eine kleinbetriebliche Struktur, die Dominanz traditioneller Sektoren (Karte 4) sowie durch eine vergleichsweise geringe Kapitalintensität der Investitionen gekennzeichnet sind (vgl. Karte 2 mit Karte 1). Demgegenüber weisen die Agglomerationsrandgebiete sowie die Standorte entlang der Adriaküste eine überwiegend moderne Sektorstruktur auf, wobei die Metallverarbeitung dominiert (Karte 3); dies geht einher mit größeren Betriebseinheiten und einer vergleichsweise höheren Kapitalintensität (vgl. Karte 2 mit Karte 1). Die wenigen Großbetriebe, die seit Bestehen des Regionalfonds in Süditalien errichtet wurden, haben sich denn auch fast ausschließlich auf diese Standorte konzentriert.<sup>11</sup> Umgekehrt weisen auch die Gebiete mit geringer rezenter Industrialisierung deutliche Strukturmerkmale auf: Sie sind ent-

Karte 4: % Anteil der traditionellen Sektoren der Industrie (Nace Code 4) an den Industrieinvestitionen in Süditalien (von der EG subventioniert) 1975-1983.



weder durch eine extreme Dominanz traditioneller Sektoren gekennzeichnet, (Karte 4, Cosenza, Lecce, Matera) oder aber durch ein Vorherrschen der Basisindustrien (Brindisi, Messina, Catania, Campobasso); in allen Fällen ist die Metallverarbeitung extrem unterrepräsentiert oder sogar überhaupt nicht vertreten (wie im Inneren Siziliens, Karte 3). Die Industrieförderung der EG für den Süden Italiens hat somit zwei Entwicklungstendenzen zur Folge: zum einen bewirkt sie die Herausbildung einer innerregionalen Arbeitsteilung zwischen (wenigen) stark industrialisierten Standorten einerseits und (vielen) kaum oder nicht industrialisierten Gebieten andererseits; zum zweiten fördert sie die Herausbildung einer Arbeitsteilung zwischen unterschiedlich strukturierten Industriegebieten, die jedes für sich zur Ausbildung einer Monostruktur tendieren.

Karte 5: Infrastrukturinvestitionen in Süditalien, von der EG subventioniert, 1975-1983.



Betrachten wir demgegenüber den Bereich der *Infrastrukturprojekte*, der ganz in Händen des Staates liegt und dementsprechend gezielter für eine Entwicklungsstrategie in Süditalien eingesetzt werden könnte, so zeigen sich auch hier charakteristische Differenzierungen nach Projektarten und Förderhöhe, die wiederum in entsprechenden regionalen Differenzierungen resultieren. Eine Aufschlüsselung der Daten auf Provinzniveau (Karte 5) bestätigt zu nächst die oben getroffene Feststellung: Die Gebiete mit den höchsten Infrastrukturinvestitionen sind in der Regel nicht identisch mit denen, die hohe Industrieinvestitionen anziehen (vg. Karte 5 und Karte 1). Prominentestes Beispiel hierfür ist der Agglomerationsraum Neapel; aber auch der gesamte südlich anschließende Küstenbereich bis hin nach Sizilien weist hohe Infrastrukturinvestitionen ohne nennenswerte industrielle Entwicklungen auf. Dennoch erfreuen sich auch einige Gebiete mit starker rezenter Industrialisierung einer ansehnlichen Infrastrukturförderung: Es sind die besonders begünstigten Zonen des Südens, die oben

bereits als Standorte von Großbetrieben der modernen Sektoren charakterisiert wurden. Bei einer Spezifizierung *des* Teils der Infrastrukturinvestitionen, der für die Erschließung und Ausstattung von Industriegelände bestimmt ist (Karte 5), springen ebenfalls diese Gebiete mit hohen Förderbeträgen heraus; die Spitzenpositionen in diesem Bereich nehmen allerdings die Provinzen Siracusa, Napoli und Taranto ein, denen wiederum diese Merkmale fehlen. Dennoch haben die beiden letztgenannten Gebietsarten eines gemeinsam: eine moderne, auf Großbetriebe basierende industrielle Struktur. Beruht diese in den Agglomerationsrandgebieten sowie entlang der Adriaküste vornehmlich auf rezenten Neuinvestitionen privater Konzerne (z.B. FIAT in Termoli, Montecassino etc.), so geht sie in Neapel, Tarent und Syrakus auf die Regionalpolitik der 60er Jahre zurück, die zur Errichtung von großmaßstäblichen Staatsbetrieben an diesen Standorten führte. Dementsprechend zielt die Infrastrukturförderung im ersten Falle auf die Neuansiedlung moderner Großindustrien, während sie im zweiten Falle der Reorganisation der bereits vorhandenen (und teilweise veralteten) Staatsbetriebe gilt. Die auf Kleinbetrieben basierende rezente Industrialisierung der Nordgebiete des Mezzogiorno erfährt demgegenüber keine spezielle Förderung durch Infrastrukturprojekte. Flankiert wird die direkte Industrieförderung zugunsten der Großunternehmen in ausgewählten Gebieten des Mezzogiorno durch Maßnahmen indirekter Art, die allesamt auf die Innovation der infrastrukturellen Ausstattung gerichtet sind und dementsprechend in großangelegten Projekten resultieren: So werden zusätzliche Wasserreserven und alternative Energiequellen, und damit neue Produktionsvoraussetzungen erschlossen, werden Seehäfen und Flugplätze, Straßen und Eisenbahnlinien ausgebaut, um den Gütertransport zu modernisieren und die überregionalen Verkehrsverbindungen zu verbessern. (vgl. Kommission..., 1980-1985). Das weitaus bedeutendste von der EG geförderte Projekt in diesem Rahmen ist die Anlage einer Pipeline zum Transport von Erdgas (aus Algerien), wodurch die Umstellung auf neue, billigere Energiequellen beschleunigt werden soll. An diesem Projekt wird aber der Charakter der Infrastrukturförderung für Süditalien besonders deutlich: Denn dieses kommt nicht primär den Entwicklungsgebieten des Mezzogiorno, und auch nicht seinen vorausstrebenden Industriestandorten zugute, obgleich sie allesamt an das Leistungsnetz angeschlossen werden; vielmehr ist es auf die Agglomerationsgebiete Norditaliens gerichtet, wo die Pipeline endet, und nur weil der Rohstoff aus Algerien importiert wird, verläuft ein Großteil der Trasse — zwangsläufig — durch die südlichen Entwicklungsgebiete<sup>12</sup>. In diesem Lichte erklären sich die hohen Förderbeiträge, die die gesamte tyrrhenische Küstenzone von Kalabrien bis Kampanien auf sich zieht.

Betrachtet man nun umgekehrt, welche Art von staatlichen Entwicklungsmaßnahmen in den übrigen Gebieten Süditaliens mit Hilfe der — hier nur geringen — EG-Förderung durchgeführt werden, so ist festzustellen, daß diese sich auf kleinmaßstäbliche Projekte der Basisinfrastruktur beschränken (Zu- und Abwasserleitungen, Wege etc.). Dies gilt nicht nur für die kaum industrialisierten internen Berggebiete sowie die Randgebiete des Mezzogiorno, sondern auch für den Norden des Südens mit seiner herausragenden, jedoch kleinmaßstäblichen industriellen Entwicklungsdynamik. Eine relative Sonderstellung nimmt der Agglomerationsraum Neapel bei der Infrastrukturförderung ein: Hier werden im Rahmen einer (experimentellen) integrierten Entwicklungsmaßnahme vielfältige finanziert, die auf die Restrukturierung des für moderne ökonomische Entwicklungen total disfunktionalen Agglomerationsraumes gerichtet sind.<sup>13</sup>

Fassen wir zusammen, so ergibt sich aus der Analyse der regionalen Entwicklungsförderung für Süditalien ein mehrschichtiges Bild:

Soweit es möglich ist — und diese Möglichkeiten sind bestimmt durch die potentiellen (Kosten-)Vorteile, die private Investoren an einem Standort in Süditalien realisieren können — werden Neuansiedlungen, in wenigen Fällen auch Erweiterungen und Modernisierungen von Industriebetrieben im Mezzogiorno gefördert; die Möglichkeiten hierzu sind jedoch auf einige wenige Regionen begrenzt, die — zusätzlich zu enorm hohen Staatssubventionen — außergewöhnlich günstige Standortfaktoren bieten, d.h. die Region, die bereits ein relativ differenziertes Industriepotential in Kombination mit einer größeren Bevölkerungsverdichtung aufweisen, die entwickeltere allgemeine Produktionsvoraussetzungen bieten, und die in größtmöglicher Nähe zum industriell hoch entwickelten Norden Italiens liegen bzw. von diesem aus gut erschlossen sind.<sup>14</sup> Daneben greift aber auch der Staat mit eigenen Projekten *direkt* in die Entwicklung Süditaliens ein; allerdings sind diese Eingriffe weder eindeutig von einer kompensatorischen Absicht gegenüber einer ausbleibenden Entwicklung noch von einer zielgerichteten Verstärkung vorhandener Entwicklungen bestimmt. Vielmehr wird selektiv eingegriffen, was in deutlichen gebietspezifischen Differenzierungen resultiert. In den agrarisch strukturierten, durch hohe Abwanderungsraten und eine starke soziale Desintegration gekennzeichneten Berg- und Randgebieten des Mezzogiorno, den eigentlichen unterentwickelten Gebieten des Südens, wird mit Kleinprojekten ein Minimum an Lebensstandard für die verbliebene, überalterte Bevölkerung aufrechterhalten und zugleich der Anschein der Solidarität mit den »Ärmsten der Armen« erweckt; eine Entwicklungspolitik im eigentlichen Sinne, wie sie gerade für diese Gebiete notwendig und zu erwarten wäre, bleibt dagegen aus.

Umgekehrt wird aber an anderer Stelle mit großangelegten Infrastrukturprojekten *direkt* die industrielle Entwicklung des Mezzogiorno gestützt: Mit der Erschließung neuer Produktionsvoraussetzungen und Restrukturierung von großmaßstäblichen Industriezonen werden die Voraussetzungen sowohl für eine umfassende Restrukturierung und Modernisierung der vorhandenen (Staats-)betriebe geschaffen, als auch die Ansiedlung neuer Privatunternehmen gefördert, mit dem modernen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden die Bedingungen für ihre verstärkte Einbindung in den Wirtschaftskreislauf Norditaliens hergestellt. Aber auch diese Maßnahmen bleiben notwendig beschränkt auf Gebiete, die bereits eine entsprechende industrielle Struktur aufweisen oder in denen eine spezifische Nachfrage von seiten einzelner Großbetriebe besteht. Zum dritten werden aber auch dort, wo keine Kopplung mit einer dynamischen industriellen Entwicklung möglich ist, hohe Investitionen zugunsten moderner, großmaßstäblicher Infrastrukturprojekte getätigt.

Es könnte nun so scheinen, als ob zumindest dieser Teil des staatlichen Infrastrukturausbaus eine echte Entwicklungspolitik zugunsten der besonders benachteiligten Gebiete sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Denn gerade die Förderung möglichst moderner, dem neuesten technologischen Stand entsprechender Projekte führt notwendig zu einer Kluft zwischen diesen und der vorhandenen, eher traditionellen ökonomischen Struktur; der so notwendige Entwicklungsimpuls bleibt aus bzw. geht ins Leere. Das bedeutet aber nicht umgekehrt, daß damit Fördermittel sinnlos verschwendet würden. Im Gegenteil: der beschriebene Projekttypus begünstigt gezielt eine vorwärtsgerichtete Entwicklung, deren Nutznießer allerdings nicht die Bewohner, und auch nicht die Unternehmer der peripheren Gebiete sind.

### 3.3. Funktion und Effekte der EG-Regionalpolitik

Fragt man nun nach den Gründen für die auffällige Mehrgleisigkeit der EG-Regionalpolitik in Italien, so resultiert diese aus der Wechselwirkung zwischen dem von der EG eingesetzten

Instrumentariums, der immanenten Dynamik des »italienischen Entwicklungsmodells«, d.h. der spezifischen Form, die die Industrialisierung in Italien angenommen hat, sowie der Rolle des Staates bei der Handhabung dieses »Modells«.

Das »italienische Entwicklungsmodell« beruht im wesentlichen auf drei Grundpfeilern: einer großbetrieblich organisierten privaten Industrie, vorwiegend der modernen Sektoren, jedoch eher auf ausgereifte Produkte spezialisiert; einer kleinbetrieblich organisierten, arbeitsintensiven Privatindustrie, die einerseits die traditionellen Sektoren umfaßt, andererseits aber auch Spezialprodukte der semimodernen und modernen Sektoren fertigt; und schließlich einer kapitalintensiven, mit modernen Technologien produzierenden und großmaßstäblich operierenden Grundstoffindustrie, die in Händen des Staates liegt. (Bagnasco, 1977) Diese drei Spezialisierungen der italienischen Industrie haben sich während der Nachkriegsjahrzehnte unter den Bedingungen internationaler Konkurrenzbeziehungen, speziell im Rahmen der EG, herausgebildet und entfaltet. Eine solche Entwicklung war jedoch nur möglich auf der Basis scharfer interregionaler Gegensätze innerhalb Italiens; d.h. nur durch spezifische Formen der Ausnutzung regionaler Disparitäten konnte die relativ schwächere Position der italienischen Industrie auf dem Weltmarkt kompensiert werden. So konnten die im entwickelten Nordwesten Italiens angesiedelten Großbetriebe trotz des industriellen Booms der Nachkriegsjahrzehnte über eine lange Zeitperiode hinweg von einem enorm niedrigen Lohnniveau Gebrauch machen, das dem massenhaften Zustrom von Arbeitskräften aus dem unterentwickelten Süden zu »danken« war. In dem Maße jedoch, wie der damit ausgelöste Verstärkerprozess an materielle und politisch-soziale, und damit letztlich an Kosten-Grenzen stieß,<sup>15</sup> konnten die arbeitsintensiven Industrien bzw. Fertigungsprozesse in einem Prozess des »filtering downs« in die Regionen Nord-Ost- und Mittelitaliens ausweichen bzw. sich dort besser entfalten, da diese Regionen die Standortvorteile unterentwickelter Gebiete ohne die damit verbundenen Nachteile boten, wie sie gerade im Süden Italiens so ausgeprägt sind. Indem sich dabei die betriebliche Organisation der bestehenden Siedlungs- und Sozialstruktur anpaßt — durch Aufspaltung der Produktion in arbeitsteilig organisierte Kleinbetriebe bis hin zur Heimarbeit —, werden auf differenzierteste Weise kleinräumige Standortvorteile genutzt und somit Kostenersparnisse realisiert (Fuà, Zachua, 1983). Der Süden wurde von diesen Entwicklungen indirekt, dafür aber mit um so weitreichenderen Konsequenzen erfaßt: Durch den Abzug gerade der mobilsten Arbeitskräfte in die Metropolen Norditaliens (und Europas) einerseits und durch das beschleunigte Wegkonkurrieren seiner traditionellen Produktionszweige von seiten der expansiven Kleinindustrie Mittelitaliens andererseits wurden seine ökonomisch-sozialen Strukturen so weitgehend disgregiert, daß zunehmend auch die elementaren Voraussetzungen sowohl für eine autonome als auch für eine von außen induzierte industrielle Entwicklung fehlten. In dieser Situation sind es die *Staatsindustrien*, die den Süden zu ihrer Produktionsbasis wählen und damit fortan dessen Struktur bestimmen: (Graziani, 1978) Mit den Mitteln der Regionalpolitik werden an einigen ausgewählten Standorten große industrielle Komplexe angelegt, die dem Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie (Stahl, Petrochemie) dienen, und damit der Bereitstellung billiger Rohstoffe für die verarbeitende Industrie des Nordens. Damit schafft der Staat eine weitere Bedingung zur Kompensation der Konkurrenz Nachteile gerade der modernen Teile der italienischen Industrie auf dem Weltmarkt, während die Entwicklungsgegensätze erhalten bleiben.

In der Gegenwart unterliegt allerdings das beschriebene Modell einer tiefgreifenden strukturellen Krise. Ist es dabei für die Großunternehmen des Nordwestens der verschärfte Konkur-

renzdruck von seiten industriell höher entwickelter Länder, der zu Innovationen zwingt, so erfährt die noch stets expandierende Kleinindustrie Mittelitaliens einen zunehmenden Konkurrenzdruck von seiten geringer entwickelter europäischer Peripherieländer sowie den Schwellenländern der III. Welt; die Basisindustrien des Südens schließlich haben gegen weltweite Überkapazitäten, steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie zunehmende Produktionsbeschränkungen von seiten der EG zu kämpfen. In dieser Situation greift die Regionalpolitik der EG auf sehr differenzierte Weise zur Stützung und Reorganisation des »italienischen Entwicklungsmodells« ein: zum einen *direkt* zugunsten der Staatsindustrien des Südens, indem die betreffenden Standorte rationalisiert und modernisiert, ihre verkehrstechnische Anbindung an den Norden verbessert und schließlich die Energie- und Rohstoffkosten tendenziell gesenkt werden.

Damit wird jedoch nicht nur eine Rationalisierung und Modernisierung der italienischen Grundstoffindustrie erzielt, sondern auch eine indirekte Förderung der Abnehmer ihrer Produkte: die verarbeitende (Privat-)industrie des Nordens. Zum zweiten kommt die Regionalpolitik, wenngleich ausschließlich auf die südlichen Landesteile bezogen, auch *direkt* der industriellen Entwicklung im Norden zugute: Mit großmaßstäblichen Infrastrukturprojekten werden Erschließungsmaßnahmen und Vorleistungen für innovative Entwicklungen in Norditalien realisiert.<sup>16</sup> Zum dritten bewirkt die Regionalpolitik — und das ist ihr bedeutendster Aspekt — über die Subventionierung von Betriebsansiedlungen im Süden eine tiefgreifende innerbetriebliche Reorganisation der (nord)italienischen Industrie. Denn bei den öffentlich geförderten Industrieansiedlungen handelt es sich nicht etwa um autonome Neugründungen lokaler Unternehmer, und auch nicht um Tochterunternehmen multinationaler Konzerne; vielmehr sind es fast ausschließlich Zweigbetriebe italienischer Unternehmen, und zwar sowohl der Großbetriebe des Nordwestens als auch der Kleinbetriebe der Zwischenregionen, die sich die staatlich geschaffenen Vorteile zunutze machen. Benutzen dabei die Großbetriebe des Nordwestens die Standortverlagerungen in ausgewählte, günstig gelegene Zonen des Südens zur technologischen Innovation der Produktion — wobei die hohen Investitionskosten sowie die infrastrukturellen Vorleistungen größtenteils vom Staat getragen werden —, so breiten sich die Kleinbetriebe Mittelitaliens in die angrenzenden Gebiete des Mezzogiorno aus, um sich dort ein temporär günstigeres Produktionsmilieu sowie die staatlichen Subventionen zunutze zu machen. Diese Strategie erweist sich für den Teil der Kleinindustrie als besonders vorteilhaft, der auf Teulfertigungen und Spezialproduktionen, häufig im Auftrag der Großunternehmen, spezialisiert ist. Der Süden wird damit zum Schauplatz eines zweifachen »filtering downs«, das der Neustrukturierung der inner- und zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung als wesentlichstem Mittel zur Realisierung von Kostensenkungen dient.<sup>17</sup>

Dieses zweifache »decentramento produttivo« bezieht sich jedoch auf jeweils verschiedene Gebiete und überlagert sich auch nicht mit den Standorten der Staatsindustrien. Eine solche Überlagerung darf es auch nicht geben. Denn will das »italienische Entwicklungsmodell« in seinen ausgeprägten Spezialisierungen weiterhin funktionieren, dann dürfen auch die Basisbedingungen dieses Modells, die regionale Ungleichentwicklung, nicht angetastet werden; dann muß die räumliche Scheidung zwischen industriell entwickelten und nicht entwickelten Gebieten, zwischen von privaten Unternehmen bevorzugten und von Staatsbetrieben dominierten Gebieten, und schließlich zwischen von Kleinbetrieben »diffus« und von Großbetrieben »konzentriert« erschlossenen Gebieten erhalten bleiben. Lediglich die Grenzen zwischen den unterschiedlich entwickelten Gebieten können, ja *müssen* sich verschieben,

will der Mechanismus des »filtering downs« funktionieren. Hier wird denn auch deutlich, daß die Regionalpolitik der EG keineswegs eine Politik zur Aufhebung oder Abschwächung regionaler Disparitäten ist und sein kann. Vielmehr muß sie in dem Maße, wie sie erfolgreich ist, d.h. eine ökonomische Entwicklung stimuliert, die auf der Nutzung national und regional differierender komparativer Kostenvorteile basiert, eine verschärfte Aussprägung regionaler Disparitäten bewirken. Eine solche Entwicklungstendenz ist für den Süden Italiens auch deutlich erkennbar: Durch die räumlich *selektive* Industrialisierung werden die regionalen Disparitäten innerhalb des Mezzogiornos enorm verschärft; durch die strukturell *einseitige* Industrialisierung wird der Entwicklungsgegensatz zwischen Nord und Süd nicht aufgehoben, sondern allenfalls in neuer Form als Verhältnis von Mono- und Polystruktur reproduziert; und durch die *Nichtentwicklung* des größten Teils des Mezzogiornos schließlich bleibt das alte Gefälle zwischen den beiden Landesteilen erhalten, dies um so mehr, als den insgesamt geringfügigen Industriensiedlungen eine ungleich größere Zahl von vernichteten Arbeitsplätzen in den traditionellen Erwerbszweigen gegenübersteht.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, welches Interesse die EG hat, wenn schon nicht den »armen« Regionen »zu helfen«, so doch eine zielgerichtete Förderpolitik zugunsten der Industrien der relativ »ärmeren« Mitgliedsländer zu betreiben. Zur Beantwortung dieser Frage ist noch einmal die Argumentation aufzugreifen, die der Institutionalisierung der EG-Regionalpolitik vorausging. Denn die seinerzeitigen Plädoyers für eine solche Politik waren bestimmt von der Sorge, daß sich als Folge der geplanten Währungsunion die *strukturellen* Disparitäten zwischen den *nationalen* Wirtschaften verschärfen und in der Folge einen weitergehenden Integrationsprozeß behindern würden. Die Bildung der Währungsunion wurde dann aber fallengelassen, weil sich unter dem Druck der anhaltenden Wirtschaftskrise die strukturellen Differenzen zwischen den Mitgliedsländern schon so sehr verschärften, daß sich daraus erhebliche Schwierigkeiten für das Funktionieren der EG — und damit für die Reproduktion des Kapitals in internationalen Dimensionen — ergaben. D.h. das Problem, das man als *Resultat* einer Währungsunion befürchtete, stellte sich nun real in der Situation der Wirtschaftskrise. Dabei drohte gerade den fortschrittlichsten Kapitalen der ökonomisch schwächeren Länder, daß sie sich im Kreise der entwickelten Industrienationen unter den Bedingungen der freien Konkurrenz nicht mehr handhaben können. In dieser Situation bietet die Regionalpolitik, gerade in ihrer spezifischen Definition der Probleme als regionale, wodurch aber sehr konkret und differenziert die dringenden ökonomischen Probleme der jeweiligen Länder erfaßt werden, die Möglichkeit einer wirtschaftspolitischen Förderung der betroffenen Kapitale.

Aber mehr noch als durch die Wirtschaftskrise verschärfte sich das Problem der »wirtschaftsstrukturellen Disparitäten« zwischen den Mitgliedsländern durch die Entscheidung der EG für eine fortschreitende Erweiterung — und damit für eine Gemeinschaft von ökonomisch extrem ungleichen Partnern. Damit kann von einer realen Perspektive der wirtschaftlichen Konvergenz, wie sie die EG immer wieder propagiert, keine Rede mehr sein.<sup>18</sup> Hinter dem Problem der Konvergenz zwischen den nationalen Wirtschaften verbirgt sich daher ein zweites Problem: nämlich das einer funktionsfähigen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Basis struktureller *Divergenz*. D.h. angesichts der sukzessiven Erweiterungen der EG um zunehmend geringer entwickelte Länder stellt sich das Problem, einen Funktionsmechanismus herzustellen, der es möglich macht, unter dem Prinzip der freien Konkurrenz ökonomisch *verschieden* entwickelte Länder zu integrieren. Ein solcher Mechanismus kann aber nur die Herausbildung einer weitergehenden internationalen Arbeitsteilung sein, sei es zwischen verschiedenen

entwickelten Produktionsformen. Auch und gerade in dieser Situation erfüllt die Regionalpolitik der EG eine wichtige Funktion. Denn die Stützungsmaßnahmen für Italien (und analog zukünftig auch für die neuen Beitrittsländer) dienen nicht nur der Stärkung der nationalen Ökonomien, sondern verwirklichen diese in der Form einer subtileren Einpassung in die arbeitsteilige Wirtschaft Westeuropas. Und es werden dabei nicht einfach die modernen Großindustrien so gefördert, daß sie sich denen der hochentwickelten EG-Länder angleichen, und die kleinbetrieblich organisierten Sektoren derart subventioniert, daß die Konkurrenz Nachteile gegenüber geringer entwickelten EG-Ländern kompensiert werden; vielmehr wird den modernen Großindustrien und Teilen der Kleindustrie — über die Förderung von Betriebsansiedlungen in der *nationalen* Peripherie — die Möglichkeit einer spezifischen Restrukturierung geboten, wodurch nicht nur Konkurrenz Nachteile kompensiert werden, sondern ein neuer Typus der betrieblichen Organisation im Raum entsteht. In diesem Restrukturierungsprozeß wird den Kleinbetrieben eine neue Funktion zugewiesen: nämlich als spezialisierte Produzenten und Zulieferer im Bereich des modernen Produktionsspektrums zu fungieren, und das nicht nur im Rahmen der nationalen Ökonomien, sondern mehr und mehr auch im Rahmen Westeuropas. Italien kann auf dieser Ebene der »organisatorischen Innovation« einen Vorsprung erzielen — auch wenn es damit faktisch nur weitergehend in das System der internationalen Arbeitsteilung eingepaßt wird —, weil die Kluft zwischen hoch- und geringentwickelten Volkswirtschaften, wie sie charakteristisch ist für eine erweiterte EG, sich *innerhalb* dieses Landes, nicht zuletzt auch in Form eines ausgeprägten regionalen Gegensatzes, noch einmal reproduziert. Italien wird damit zum politischen und ökonomischen Experimentierfeld einer erweiterten Gemeinschaft, wobei die Prozesse, die sich heute im Süden dieses Landes abspielen, analog für die neuen Mitgliedsländer als ganze zu erwarten sind.

Aus dem Vorhergehenden wird deutlich, daß die Regionalpolitik der EG mit ihren Förderinstrumenten für »arme« Regionen und »arme« Länder keine kompensatorische Politik im Sinne der Leistung von Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, Länder, Regionen, Personen oder auch Kapitalfraktionen ist, wie es der *common sense* versteht und wie es die EG auch gerne suggeriert, etwa bei den Beitrittsverhandlungen mit neuen Mitgliedsländern.<sup>19</sup> Vielmehr ist sie eine vorwärtsgerichtete Strategie, die in der Situation der Wirtschaftskrise zunehmend aufbrechenden und durch die EG-Erweiterung enorm vergrößerten Differenzen zwischen international unterschiedlich, jedoch national jeweils am weitesten entwickelten Kapitalen in Europa vermittelt, in dem sie den über das System der freien Konkurrenz sich durchsetzenden Prozeß der Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung auf Seiten der ökonomisch geringer entwickelten EG-Länder mit politischen Maßnahmen *verstärkt* und *beschleunigt*; dies nicht nur im Interesse der fortschrittlicheren Kapitalfraktionen in den betroffenen Ländern, (und auf Kosten der schwächeren Kapitale und Wirtschaftszweige), sondern auch und besonders im Interesse der Großkapitale der wirtschaftsstarken Mitgliedsländer, die sich diese Art der Arbeitsteilung zunehmend zunutze machen.<sup>20</sup>

Damit hat die Regionalpolitik der EG zugleich aber auch *regionale* Konsequenzen. Denn der ökonomische Differenzierungsprozeß zwischen hochentwickelten Industrieländern und deren geringer (jedoch nicht unterentwickelter) Peripherie; verstärkt die Zentrumsregionen in den jeweiligen Ländern auf Kosten der Peripherien, d.h. der oben skizzierte Prozeß, der sich bereits als Folge der EG-Bildung einstellte, wird durch die Regionalpolitik weiter verstärkt. Indem sich dabei eine Arbeitsteilung zwischen den Zentrumgebieten herausbildet, findet gleichzeitig eine Internationalisierung der regionalen Entwicklung statt.

Abschließend sei allerdings betont, daß die Regionalpolitik der EG nicht ausschließlich und auch nicht reibungslos die hier aufgezeigten Funktionen tatsächlich erfüllt; vielmehr gehört es zu den Widersprüchen auch dieser Politik, daß sie ihre ökonomischen Ziele nicht erreicht, ohne einen politischen Preis zu bezahlen, sei es zur Handhabung der gesellschaftlichen Stabilität, sei es aufgrund bestehender politischer Machtverhältnisse in den betroffenen Ländern, sei es, weil die ökonomische Rationalität nicht einfach kalkulierbar ist und somit erhebliche »faux frais« entstehen. In dieser Widersprüchlichkeit liegt aber auch eine Chance für die Betroffenen der Regionalpolitik, die Verwendung der Mittel für andere als die von der EG anvisierten Zwecke einzufordern.

## Anmerkungen

- 1 Diese Position ist vor allem für die Literatur kennzeichnend, die während der Anfangsjahre des Regionalfonds erstellt wurde. Vgl. Hammerschmidt, A., Stiens, G., 1976, S. 169 ff.; Oelke, E., 1976, S. 254 ff.; Oelke, E., 1979, S. 73 ff.; 17 ff.; Armstrong, H.W., 1978, S. 515 ff.; sowie implizit Streit, M.E., 1975 und 1981.  
Neure Publikationen betonen dagegen die Disparitäten zwischen den EG-Ländern, schließen sich also der EG-Interpretation des regionalen Problems an. Vgl. Holland, S., 1980; S. 57; Molle, W.T.M., 1981.
- 2 Hierzu muß einschränkend bemerkt werden, daß auch Nationalstaaten über mehrere Zentrumgebiete verfügen können; aufgrund einheitlich geltender staatlicher Regelungen ist aber dort die Ausbildung einer Zentrumregion möglich, während dies für einen internationalen Staatenverbund kaum denkbar ist.
- 3 Für die Arbeitslosenquote gilt allerdings, daß sie in zunehmendem Maße auch die »veralteten«, monostrukturierten Industriegebiete mit hoher städtischer Verdichtung abbildet.
- 4 Dieser Effekt beruht auf mehreren, mit dem Entwicklungsniveau eines Landes zusammenhängenden Faktoren, wie beispielsweise der jeweiligen Kapitalintensität der Produktion, dem Geldwert der produzierten Güter und Dienstleistungen, der seinerseits von der Kapitalintensität, aber auch der Höhe des Lohnniveaus sowie dem relativen Wert einer nationalen Währung bestimmt wird, etc.
- 5 Die entsprechenden Zahlenwerte für diese Regionen betragen dann (1977, bei einem Durchschnitt von 9 EG-Ländern): Weser-Ems: 113,5; Oberpfalz: 103,4; Lombardei: 82,9; South-East: 80,3. Bei einem Durchschnitt von 10 EG-Ländern erreicht Athen den Wert 57,5. Quelle: Commission..., 1981, S. 41 u. 44.
- 6 Dies belegen die von Busch herangezogenen Zahlen, auch wenn der Autor sie nicht so interpretiert. Vgl. Busch, K., 1978, S. 41/42. Zur Spezialisierung der italienischen Industrie innerhalb der EG vgl. Conti, G., et al., 1978.
- 7 Während der erstgenannte Fall auf Griechenland zutrifft, das lediglich zwei städtische Agglomerationen mit nennenswerter Industriekonzentration aufweist (Athen und Thessaloniki) gilt die letztgenannte Konstellation für Italien, in dessen »Industriedreieck« (Mailand-Genua-Turin) die (quantitativ begrenzten) modernen Industriesektoren des Landes konzentriert sind, während die überproportional vertretenen traditionellen Sektoren in den sogen. Zwischenregionen Nord-Ost- und Mittelitaliens dominieren; der Süden dagegen, die eigentliche Peripherie Italiens, weist allenfalls einige wenige Industrieinseln auf. Zur Regionalentwicklung in Italien vgl. Bagnasco, M., 1977, Becker, A. et al., 1982, S. 19-54, Tömmel, I., 1983.
- 8 Faktisch wird der Verteilungsschlüssel berechnet auf der Grundlage des Bruttoinlandsproduktes sowie der Arbeitslosenquote.
- 9 Zusätzlich erhalten auch besondere Problemfälle, wie die von Erdbeben betroffene Region Friuli – Venezia Giulia sowie das toskanische Inselarchipel (Elba etc.), Subventionen der EG.

- 10 Der Agglomerationsraum Neapel nimmt eine relative Sonderstellung ein, indem er trotz seiner Ausdehnung und seines großen Arbeitskrätereservoirs deutlich weniger Investitionen anzieht, und durch eine eher heterogene Sektorstruktur sowie kleinere Betriebsgrößen gekennzeichnet ist.
- 11 Von den 7 Großbetrieben (mit mehr als 1 000 Beschäftigten) die sich seit der Errichtung des Regionalfonds in Süditalien angesiedelt haben, entfallen 2 auf die Provinz Frosinone (bei Rom), je einer auf die Provinzen Caserta und Avellino (bei Neapel), Chieti (bei Pescara), Foggia sowie Bari. Quelle: Computerauszüge des Generaldirektorats Regionalpolitik der EG.
- 12 Die Trasse verläuft von Calabrien über Neapel nach Bologna (wo sie Anschluß findet an das bereits bestehende Norditalienische Netz) und weist verschiedene Abzweigungen in die übrigen Gebiete des Mezzogiorno auf.
- 13 Zu diesen Merkmalen gehört sowohl das extreme Mißverhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitssuchenden, als auch das völlig unkontrollierte Stadtwachstum, das zu enormen Wohn- und Verkehrsproblemen, zu Umweltverschmutzung und einer extremen Unterausstattung mit öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen geführt hat. Die EG-Maßnahmen beziehen sich auf den Gesamtkomplex dieser Probleme: so werden Mittel für den Ausbau eines öffentlichen Nahverkehrssystems, für Dienstleistungseinrichtungen sowie für den Bau von Kläranlagen zur Reinigung des Golfwassers bereitgestellt. Vgl. Bernardini, G., 1982 sowie Kommission..., 1982, S. 17 ff., 51, Kommission, 1983, S. 84 ff., sowie Lay 1980.
- 14 Neben diesen ökonomischen Standortfaktoren spielen aber auch politische und soziale Faktoren eine große Rolle für die selektive Industrialisierung Süditaliens: Nur die Regionen, in denen keine Mafia oder andere parastaatliche Machtverbände operieren, in denen das Staatshandeln nicht allzu sehr von clientelistischen Beziehungen dominiert ist und in denen der »soziale Frieden« sowie eine industrielle Arbeitsplatzdisziplin garantiert sind — am ehesten die Gebiete mit einer ausgeprägten kleinbäuerlichen Tradition — sind für die Investoren aus dem Norden akzeptabel.
- 15 Dazu gehören — abgesehen von der direkten Verschlechterung der Standortfaktoren für die Betriebe infolge der räumlichen Konzentration — einerseits Faktoren, wie das Zurückbleiben der städtischen sozialen Infrastruktur und des Wohnungsbaus hinter dem realen Verstärkerungsprozeß, andererseits aber auch die aus der prekären Lage der Zuwanderer resultierenden sozialen Probleme, die schließlich in zunehmenden politischen Unruhen (Streiks in den Betrieben sowie Stadtteilkämpfe) resultierten. Vgl. auch Arcangeli, F. et al., 1980
- 16 Dies äußert sich mehr noch als in den bisher realisierten Projekten in den Planungen für die kommenden Jahre.
- 17 Vgl. dazu die FIAT-Strategie, bei der die Stamm- und Zweigbetriebe automatisiert, die Spezialproduktion dagegen ausgelagert werden. Speziell in Süditalien bietet sich dabei die Gelegenheit der Kombination von großem Zweigbetrieb und kleineren Zulieferbetrieben im Territorium. Vgl. Amin, A., 1983, zitiert nach Murray, C., 1983, S. 91/92
- 18 In den EG-Dokumenten wird denn auch durchgängig als eines der Hauptziele der Regionalpolitik genannt: »Zur Verwirklichung eines höheren Maßes an Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten beizutragen...« Vgl. Verordnung..., 1984, Artikel 1, 10, 17; Kommission..., 1982, S. 9; vgl. auch Matthijsen, P.S.R.F., 1982, S. 616.
- 19 So wird es auch deutlich von einem Spitzenbeamten der EG formuliert: »Es geht also nicht darum den Wohlstand, den Lebensstandard, die sozialen Dienstleistungen usw. der Region zu erhöhen; nein, die Zielsetzungen liegen auf ökonomischem Gebiet: es geht um Konkurrenzfähigkeit und Produktivität, und das nicht allein der Regionen, sondern der europäischen Wirtschaft als Ganzer.« Matthijsen, P.S.R.F., 1982, 620.
- 20 Dieser Funktion der EG-Regionalpolitik korrespondiert auch ein neuer Maßnahmenbereich gänzlich anderer Art: nämlich, die angestrebte Kontrolle regionaler Fördermaßnahmen der Mitgliedsländer im Rahmen der Wettbewerbspolitik. Damit soll verhindert werden, daß wohlhabende Staaten die in ihrem Territorium lokalisierten Kapitale mit den Mitteln der Regionalpolitik in der Wirtschaftskrise übermäßig subventionieren und damit deren internationale Konkurrenzposition »künstlich« verbessern; Vgl. Deacom 1982.

## Literatur

- Amin, A. (1983): Restructuring in FIAT and the Decentralisation of Production into Southern Italy. In: Hudson, R., Lewis, J., *Dependent Development in Southern Europe*, London
- Arcangeli, F./Borzaga, C./Goglio, S. (1980): Patterns of peripheral development. *Papers of the Regional Science Association* 44, S. 21-34
- Armstrong, H.W. (1978): Community Regional Policy: a Survey and Critique. *Regional Studies*, Vol 12, No 5, S. 511-528
- Bagnasco, M. (1977): *Tre Italie. La problematica territoriale dello sviluppo italiano*, Bologna
- Becker, A./Kaczmarczyk, A./Tömmel, I./Wieder, H. (1982): Regionale Ungleichentwicklung und Reformpolitik. Planungskonzepte der KPI für Bologna und die Emilia-Romagna, Oldenburg, 1982.
- Bergeron, R. (1982): Les incertitudes du processus d'industrialisation du Mezzogiorno. In: *L'information Géographique*, nr. 46, S. 13-28.
- Bernardini, G. (1982): Les opérations intégrées de développement communautaire. *Revue du Marché Commun*, S. 265-271.
- Busch, K. (1978): Die Krise der Europäischen Gemeinschaft. Köln/Frankfurt/M.
- Commission of the European Communities (1981): The regions of Europe. First periodic report on the social and economic situation of the regions of the community. Brüssel
- Commission des Communautés Européennes (1983): Programme de Développement Régional Italie (Mezzogiorno), 1981-1985. Brüssel
- Conti, G./Falcone, F./Antonelli, G./Garofalo, G. (1978): Specializzazione e competitività internazionale dell'Italia. Bologna
- Deacon, D. (1982): Competition Policy in the Common Market: Its links with Regional Policy. *Regional Studies*, Nr. 1, S. 53-63
- Deppe, F. (1976): Westeuropäische Integration als Krisenprozeß, In: *Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration*, Hrsg. F. Deppe, Köln, S. 44-70.
- Duesberg, P./Waltherr, R. (1983): Das Verhältnis der gemeinschaftlichen Wettbewerbspolitik zur Regionalpolitik. *Raumforschung und Raumordnung*, Nr. 1/2, S. 28-32
- Farkl, A./Wettmann, R. (1978): Internationale Arbeitsteilung und Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Szenarien zur Regionalpolitik. Schriftenreihe »Raumordnung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft 06.021. Bonn.
- Fuà, G./Zaccia, C. (Hrsg.) (1983): *Industrializzazione senza fratture*. Bologna
- Graziani, A. (1978): The Mezzogiorno in the Italian Economy, *Cambridge Journal of Economics*, Nr. 2, S. 355-372.
- Hamilton, J. (1976): Multinational Enterprise and the European Economic Community. *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, Nr. 5, S. 258-278.
- Hammerschmidt, A./Stiens, G. (1976): Regionale Disparitäten in Europa. Erscheinung, Ursachen, Wirkung. *Geographische Rundschau*, S. 168-177.
- Holland, S. (1978): Meso — economics, multinational capital and regional inequality, In: Lee, R., Ogden, P.E., (ed), *Economy and Society in the EEC. Spatial perspectives*, Barry, Glamorgan, S. 38-62.
- Holland, S. (1980): *Uncommon Market. Capital, Class and Power in the European Community*, London, Basingstone
- Hoormann, J. et al. (1983): Internationaler Handel und regionale Beschäftigungseffekte. Eine Prognose der regionalen Arbeitsplatzenwicklung bis 1990 in der Bundesrepublik, Dortmund, *Dortmunder Beiträge zur Raumplanung*, Bd. 32.
- Klemmer, P. (1979): The regional Impact of Multinational Corporations. In: *Investment and Divestment Policies of Multinational Corporations in Europe*. Hrsg.: European Centre for Study and Information on Multinational Corporations. Northhamptonshire, S. 187-216.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1971): Die regionale Entwicklung in der Gemeinschaft. Analytische Bilanz. o.O.

- Kommission ... (1973): Bericht über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft, Brüssel
- Kommission ... (1977): Orientierungsrahmen für die Regionalpolitik der Gemeinschaft, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 2,
- Kommission ... (1978): Regionales Entwicklungsprogramm für den Mezzogiorno, 1977-1980, Reihe Regionalpolitik Nr. 6, Brüssel
- Kommission ... (1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985): Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung. Fünfter Jahresbericht (1979), Brüssel; Sechster Jahresbericht (1980), Brüssel; Siebter Jahresbericht (1981), Brüssel; Achter Jahresbericht (1982), Brüssel; Neunter Jahresbericht (1983), Brüssel; Zehnter Jahresbericht (1984), Brüssel
- Lay, C. (1980): Das tägliche Erdbeben. Ein Bericht über die Stadt Neapel. Berlin
- Lee, R. (1978)<sup>2</sup>: Integration, spatial structure and the capitalist mode of production in the EEC. In: Lee, R., Ogden, P.E., (ed.), *Economy and Society in the EEC, Spatial perspectives*. Barry, Glamorgan, S. 11-37.
- Mandell, E. (1975)<sup>5</sup>: Die EWG und die Konkurrenz Europa — Amerika, Köln/Frankfurt/M.
- Martins, M.B./Mawson, J. (1980): The Evolution of EEC Regional Policy — Cosmetics or Major Surgery? *Local Government Studies*, Nr. 4, S. 29-56.
- Martins, M.B./Mawson, J. (1983): The development of the »programme approach« in the Common Regional Policy. *Town Planning Review*, Nr. 1, S. 63-82.
- Mattijssen, P.S.R.F. (1982): Regionaal beleid in crisistijd. *Sociaal-economische wetgeving*, Nr. 9, S. 614-627.
- Molle, W. (1981): Regionaal beleid in de Europese Gemeenschap. *Economisch-Statistische Berichten*, 29.7, S. 716-721.
- Molle, W. et al. (1980): Regional Disparity and Economic Development in the European Community, Westmead, Farnborough
- Murray, F. (1983): The decentralisation of production — the decline of the mass-collective worker? *Capital and Class*, Nr. 19, S. 74-99.
- Oelke, E. (1976): Geographische Auswirkungen der ökonomischen Integration in den EWG-Ländern. *Geographische Berichte*, H. 4, S. 254-272.
- Oelke, E. (1979): Regionale Entwicklungsprozesse im Integrationskerngebiet der EWG, *Geographische Berichte*, H. 2, S. 73-86.
- Peschel, K. et al. (1979): Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige Entwicklung der Bundesrepublik (Teilbereich Wirtschaft). *Schriftenreihe »Raumordnung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, Heft 06.038., Bonn.
- Stahl, H.M. (1974): Regionalpolitische Implikationen einer EWG-Währungsunion, Tübingen
- Steinle, W.J. (1983): Europäische Regionalpolitik zwischen Mittelkonzentration, Koordination und Flexibilität. *Raumforschung und Raumordnung*, Nr. 1/2, S. 3-8.
- Streit, M.E. (1975): Die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft: Motivation, Konzeption und außenwirtschaftliche Implikationen. *Raumforschung und Raumordnung*, H.6, S. 259-266.
- Streit, M.E. (1981): Regionale Entwicklung und Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, *Raumforschung und Raumordnung*, Nr. 2/3, S. 49-55.
- Tömmel, I. (1981): Regionale ontwikkeling en regionale politiek in de EG. *Politiek en ruimte*, Nr. 1, S. 103-130.
- ders. (1983): Le tre Italie: Centrum, perifere formatie en marginale periferie. *Geografisch tijdschrift*, Nr. 5, S. 361-384.
- ders. (1986): Regionaal en ruimtelijk beleid op Europees niveau: mogelyk heden en grenzen, in: *Plans*, Nr. 7
- Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft*, Nr. L 169, v. 28.6.1984.

## Tageszeitungen und Periodika

Deutsche Post – Zeitung der Postgewerkschaft

Gewerkschaftliche Praxis – Monatszeitschrift für Funktionäre der Deutschen Postgewerkschaft

Handelsblatt, Düsseldorf.

Financial Times (FT), London.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt.

Frankfurter Rundschau (FR), Frankfurt.

Neue Züricher Zeitung (NZZ), Zürich.

Der Spiegel, Hamburg.

Süddeutsche Zeitung, München.

Wirtschaftswoche, Düsseldorf.

Die Zeit, Hamburg.